AFRIKA SÜD

Afrika – EU



Beziehungen auf Gegenseitigkeit?

Inhalt

AFRIKA
3 Das begehrte Afrika
Was hat der Kontinent davon, fragt Boniface Mabanza Bambu.

EUROPA – AFRIKA
7 Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft
Die Beziehungen der EU zum afrikanischen Kontinent stehen vor besonderen Herausforderungen. Von Robert Kappel.

11 Durch Anpassung geschwächt
Afrikas Landwirtschaftssektor leidet unter der Anpassung an europäische Technologie, meint Joseph Kenson Sakala.

13 Abschottung statt Partnerschaft
Wie die EU mit der Migration in Afrika umgeht. Von Doris Peschke.

DEUTSCHLAND – AFRIKA
16 Anatomie eines komplexen Verhältnisses
Klaus Thüsing bespricht den von Henning Melber herausgegebenen Reader zu den Beziehungen Deutschlands mit Afrika.

GROSSBRITANNIEN – AFRIKA
19 Neue Handelsbeziehungen nach dem Brexit?
Großbritanniens Beziehungen zu Afrika stehen auf dem Prüfstand, sagt Emily Yeates.

BELGIEN – AFRIKA
22 Rückläufige Hilfsgelder, Migrationsabwehr und Forderungen nach Entschädigung
Die Afrika-Politik Belgiens bewertet François Misser.

WESTEN
26 Die Herrschaft der westlichen Welt ist zu Ende
Ein Interview mit dem Politologen Kishore Mahbubani.

DEUTSCHLAND – AFRIKA
29 Wider koloniale Amnesie
Zu den Herausforderungen (nicht nur) deutscher Dekolonisierung macht sich Henning Melber Gedanken.

afrika süd-Dossier
Afrika und Europa – Beziehungen auf Gegenseitigkeit?
Bonn, Oktober 2020

Redaktion: Anna Balkenhol, Lothar Berger (V.i.S.d.P.), Daniel Düster, Brigitte Reinhardt, Klaus-Dieter Seidel

Herausgeber:
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369, E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Titelbild- und Heftgestaltung: Jan Philipp Huss, www.huss-design.de
Layout: Nikolai Link
Foto Rückseite: Catherine Ashton, damals Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, eröffnete 2012 das EU Field Office in Somalia. Foto: EU / flickr.com / cc: by-nc-nd

Gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Rosa Luxemburg Stiftung wieder.



Frachtschiffe im Hafen von Abidjan. Foto: Ivankuzkinod / Dreamstime.com

Das begehrte Afrika

WAS HAT DER KONTINENT DAVON?

Seit mehr als 20 Jahren steht der afrikanische Kontinent im Zentrum vieler Begehrlichkeiten und im Mittelpunkt vieler Gipfel. Die Corona-Pandemie, die die Welt nach wie vor lahmlegt, wirbelt einige der für dieses Jahr geplanten Gipfel durcheinander.[1] Doch noch vor der Pandemie kamen die Beobachterinnen und Beobachter mit dem Zählen der Afrika-Gipfeltreffen fast nicht mehr hinterher: Gipfel tagten in Japan, Russland, China, Südkorea, der EU, Großbritannien, Frankreich, Deutschland… Es scheint, als würden viele Handelsmächte auf dem afrikanischen Kontinent oder in ausgewählten afrikanischen Ländern ihre Präsenz markieren wollen. Sie alle versprechen auf ihren Gipfeln, mehr Investitionen[2] zu tätigen und generell in Afrika aktiver zu sein. Das Interesse an Afrika scheint an klar definierten geostrategischen und ökonomischen Zielen orientiert zu sein. Allerdings steht die Frage im Raum, welchen Nutzen Afrika durch die Zusammenarbeit mit den führenden Mächten zieht und unter welchen bestimmten Bedingungen der Kontinent von der Zusammenarbeit profitieren kann. Dieser Artikel möchte diesen und weiteren relevanten Fragen rund um die „neue Entdeckung" Afrikas nachgehen.

Die Neuentdeckung Afrikas

Viele westliche Länder, allen voran die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich, Großbritannien, Belgien, Portugal, Deutschland und Spanien, pflegen in der Regel Sonderbeziehungen zu ihren ehemaligen Kolonien in Afrika. Diese finden Ausdruck in den Bereichen Handel, Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit. Zu dieser historisch verankerten Ländergruppe sind auch die USA zu zählen, welche besonders seit Ende des Zweiten Weltkrieges viele afrikanische Angelegenheiten stark beeinflussen. Die Ländergruppe sieht sich heute damit konfrontiert, ihre Beziehungen zum afrikanischen Kontinent neu zu konfigurieren, da „eine neue Gruppe von Außenmächten – von China bis Brasilien und von Russland bis zur Türkei – ein kommerzielles und strategisches Standbein auf einem riesigen Kontinent gewinnt, der bis vor kurzem von ehemaligen Europäischen Kolonialmächten und den USA dominiert wurde."[3]

Was China angeht, konzentriert sich die Diskussion um sein Engagement in afrikanischen Ländern nicht nur auf seine phänomenale Expansion, sondern auch auf seine Unterstützung korrupter und wegen mangelnder Demokratie und Menschenrechtsverletzungen in Misskredit geratenen Regimes. Viele, die die China-Afrika-Beziehungen von Europa aus betrachten, zögern nicht, von einer neuen Kolonialisierung Afrikas zu sprechen. Dabei wird der Eindruck erweckt, dass sich „China", ebenfalls ein Konzept, das dekonstruiert werden muss, in allen afrikanischen Ländern gleich verhält. Dass es unterschiedliche chinesische Akteure gibt, die je nach Umfeld unterschiedlich operieren, wird gerne verschwiegen, denn eine Differenzierung würde in das Narrativ der Kolonisierung Afrikas nicht passen. Einer Lesart, die von vielen Menschen in Afrika, besonders in intellektu-

ellen Kreisen, nicht zugestimmt wird: „Afrikaner wenden sich verständlicherweise gegen die Idee eines ‚Scramble', mit seiner Konnotation des 19. Jahrhunderts, als sich die europäischen Mächte um ein Stück von dem stritten, was Leopold II. von Belgien den ‚magnifique gâteau africain' (großartigen afrikanischen Kuchen) nannte."[4] Stattdessen erhoffen sich viele Afrikaner ein breiteres, ganzheitlicheres Interesse an ihrem Kontinent, als nur als eine goldene Gelegenheit gesehen zu werden. Sie wollen eine Phase der Entwicklung katalysieren, abseits von dem, was sie als paternalistische oder geradezu extraktive Beziehungen zu traditionellen Mächten betrachten.[5]

Auch wenn sich die Diskussionen in Europa und Deutschland auf China fokussieren, gibt es eine große Anzahl von Ländern, die in den letzten Jahren Afrika für sich entdeckt haben und noch entdecken. Zu erwähnen sind nicht nur die Ölstaaten vom persischen Golf, die versuchen, in Afrika Einfluss zu gewinnen, sondern auch Länder wie Indien, die wichtige Abnehmer von Öl aus afrikanischen Ländern werden; sowie die Türkei, deren Bauunternehmen sich um Aufträge im zu Prä-Covid-19-Zeiten boomenden neuen Infrastrukturbereich in verschiedenen afrikanischen Ländern bemühen. So ist beispielsweise ein türkisches Unternehmen an der Tansania Standard Gauge Railway beteiligt, einem Eisenbahnsystem, das das Land mit den Nachbarländern Ruanda und Uganda sowie über diese beiden mit Burundi und der Demokratischen Republik Kongo verbinden soll.



Cecil Rhodes, einer der führenden Vorkämpfer britischen Kolonialismus, in einer Darstellung der Zeitschrift „Punch" (1892). Bild: wikimedia

Eins erscheint sicher: Der afrikanische Kontinent scheint ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Akteurinnen und Akteuren aus verschiedenen Teilen der Welt zu rücken und deren Motivationen könnten kaum unterschiedlicher sein: Die einen agieren aus Furcht und wollen mit und in Afrika die von ihnen und für sie identifizierten Gefahren abwehren, darunter ungesteuerte Migration und Terrorismus. Diese Gefahrenabwehr ist eine der Hauptmotivationen hinter den Initiativen einiger Mitgliedstaaten[6] der EU und der EU[7] selbst gegenüber Afrika, wobei die Bekämpfung von Terrorismus in Afrika insbesondere für die USA als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 ebenfalls eine wichtige Motivation ist. Andere sehen in Afrika Alliierte für geostrategische Fragen wie etwa die Unterstützung in UN- und anderen internationalen Gremien bei relevanten Fragen. Bei anderen wiederum überwiegen kommerzielle Interessen: Sie sehen Afrika als Reservoir strategischer Ressourcen und als Absatzmarkt für Waren und Dienstleistungen. Die Frage ist, welchen Nutzen Afrika aus den Interessen der verschiedenen Länder hat und zukünftig ziehen kann.

Was hat Afrika davon?

Der Hunger neuer Weltmächte nach agrarischen, mineralischen und energetischen Ressourcen und ihre entsprechenden Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent haben eine neue Dimension der Potenziale Afrikas in Bezug auf natürliche Ressourcen und Infrastrukturmärkte ins Blickfeld der Öffentlichkeit in Europa und den USA gerückt. Die Verschiebung der Machtkonstellationen im Kontext einer globalisierten Wirtschaft macht Afrikas Potenziale offensichtlich und erhöht die Aufmerksamkeit gegenüber dem Kontinent.

Ein erstes Ergebnis, das von dem neuen „Scramble" festgehalten werden kann: Dank dieser neuen Mächte ist es für die traditionellen Partner afrikanischer Länder nicht mehr möglich, eine Lesart afrikanischer Wirklichkeiten zu verbreiten, derzufolge Afrika gar nicht ausgebeutet werden könne, da es nichts zu bieten hätte. Dieser Diskurs wurde im Westen im Laufe der Zeit immer salonfähiger, obwohl die kolonialen Kontinuitäten mit ihren Warenströmen, aber auch die Kapitalabflüsse eine andere Sprache sprechen. Die neuen Mächte tragen maßgeblich dazu bei, die Wahrnehmung Afrikas im Westen zu verändern. Denn die Panikreaktionen angesichts etwa der chinesischen Aktivitäten auf den afrikanischen Rohstoff-, Infrastruktur- und Absatzmärkten sprechen Bände. Denn sie offenbaren die afrikanischen Potenziale und ihren Anspruch auf Anerkennung. Aber allein eine Anerkennung der eigenen Potenziale ist für die meisten Menschen in Afrika nicht zufriedenstellend, denn auch die neuen Akteure haben den strukturellen Problemen Afrikas kein Ende gesetzt. Ganz im Gegenteil haben sie die strukturellen Abhängigkeiten sogar noch verstärkt: Darunter die

Abhängigkeit von ausländischem Kapital und Rohstoffexporten mit all ihren negativen Konsequenzen auf die afrikanischen Ökonomien, die es nach wie vor bis auf wenige Ausnahmen immer noch schwer haben, sich zu diversifizieren und sich ergänzende nationale, regionale und kontinentale Wertschöpfungsketten aufzubauen.

Nun ist es nicht so, dass in Afrika niemand von den Aktivitäten u.a. der neuen Akteure profitiert. Dank der verstärkten Wirtschaftsaktivitäten der alten und neuen Mächte ist in vielen afrikanischen Ländern, allen voran in rohstoffreichen Ländern, in den letzten 20 Jahren eine neue Schicht von Superreichen entstanden. Dadurch ist die Kluft zwischen Arm und Reich in diesen Ländern größer geworden. Für die meisten Menschen in diesen Ländern hat sich die Situation allerdings kaum verändert, zum einen, weil die Aktivitäten der Eliten in Kooperation mit den benannten ausländischen Mächten nicht darauf ausgerichtet sind, strukturelle Veränderungen zu bewirken, von denen möglichst viele Menschen profitieren, zum anderen, weil Elitenetzwerke die Korruption begünstigt haben, welche den Regierungen die Mittel für Investitionen in Humankapital raubt.

Nicht Afrika insgesamt hat der „Scramble" also wirtschaftlichen Nutzen gebracht, sondern bestimmten Elitenetzwerken, die in den verschiedenen betroffenen Ländern Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sind. Direkte Verlierer sind Menschen in den umliegenden Gemeinden der Minen, in denen Unternehmen, ob aus dem Westen, aus Brasilien oder aus China, beim Rohstoffabbau die Natur rücksichtslos ausbeuten, Böden und Flüsse verseuchen und somit Lebensgrundlagen zerstören. Es zeigt sich an diesem Beispiel, dass sich die Frage, was Afrika vom Scramble hat, nicht leicht beantworten lässt, denn ein homogenes Afrika gibt es nicht.[8] Was es gibt, sind unterschiedliche Interessengruppen, die die Geschehnisse aus verschieden Standpunkten betrachten. Es bedarf mehr strategischer Entscheidungen, damit Gesamtgesellschaften von der immer größer werdenden Konkurrenz der Weltmächte auf dem Kontinent profitieren können.

Afrika braucht ein Konzept von sich selbst und von den anderen

Beim sogenannten Scramble for Business in Afrika spielt der Zugang zu den natürlichen Ressourcen des Kontinents eine prominente Rolle. Aber so wichtig Afrikas natürliche Ressourcen auch sind, so nutzlos sind sie für den Kontinent, solange die in Afrika lebenden Menschen nicht vom Rohstoffhandel profitieren. Und sie werden auch weiterhin nichts davon haben, solange die Mehrheit der Afrikanerinnen und Afrikaner die von ihren Eliten mit der Komplizenschaft ausländischer Interessengruppen organisierte Plünderung akzeptiert. Unter den herrschenden Rahmenbedingungen hat sich Afrikas Reichtum als Fluch für die Bevölkerung in den afrikanischen Ländern erwiesen, während eine kleine Minderheit nationaler Eliten und ausländische Unternehmen Gewinne anhäufen. Als Beispiel hierfür kann Angola angeführt werden. Die Ölfelder, die Diamantenminen und große Infrastrukturprojekte ziehen Unternehmen aus aller Welt an, deren Präsenz dazu beiträgt, dass die Preise für Wohnungen, Nahrungsmittel und Dienstleistungen so hoch liegen, dass die überwiegende Mehrheit der angolanischen Bevölkerung von jeglicher Teilhabe ausgeschlossen ist. Dagegen erfreuen sich die ausländischen Unternehmen rekordverdächtiger Gewinne und die nationalen Eliten, die die wertvollsten Konzessionen ihres Landes zu lachhaften Preisen vergeuden und die Märkte für Infrastrukturen kontrollieren, haben ein korruptes System etabliert, das ihnen eine skandalöse Bereicherung ermöglicht. So erlangte beispielsweise die Tochter des Staatspräsidenten Eduardo dos Santos eine Prominenz als reichste Frau Afrikas.[9]

Mit einem Verkauf der Ressourcen des Kontinents an ausländische Interessengruppen für solche mit dem Leben der Mehrheit der Menschen auf dem Kontinent kontrastierenden Titeln für ein paar Eliten müsste Afrika Schluss machen, genauso wie mit denjenigen Rankings, die bestimmte Länder des Kontinents zu Musterschülern erklären, gemessen an von ausländischen Akteuren definierten Kriterien wie Wirtschaftswachstum. So stark ein Wirtschaftswachstum auch ist, es bleibt Kosmetik, dient der Beschönigung makroökonomischer Daten und kann nur bei den Wirtschaftskatecheten bestimmter Institutionen für Begeisterung sorgen. Alle, die in Afrika mit ihren ökonomischen Interessen Fuß fassen wollen, sind dankbar, wenn sich afrikanische Länder einen Wettbewerb um Rankings liefern, deren Kriterien von diesen ausländischen Mächten definiert werden.

Die Erfüllung dieser Kriterien setzt voraus, dass sich die Länder Afrikas in Modelle einfügen, die den Interessen dieser ausländischen Mächte entsprechen, die die Rankingkriterien definieren. Für die eigene Bevölkerung bleibt etwa ein hohes Wirtschaftswachstum, das durch eine extrovertierte Ökonomie erzeugt wird, ohne Bedeutung, weil es sich nicht oder nur unterproportional in eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen übersetzen lässt. Noch schlimmer ist es, wenn der Zugang zu und die Kontrolle von Ressourcen, deren Abbau ein starkes Wirtschaftswachstum erzeugt, bewaffnete Konflikte mit schweren Folgen verursachen, weil verschiedene Elitenetzwerke ihre ganze Energie in die Kontrolle eben dieser Ressourcen für private und Macht- und Wirtschaftsinteressen stecken, statt diese in eine Gesamtstrategie der Transformation der Ökonomien der Nationen zu integrieren, damit sie zur Beseitigung der Armut und zur Steigerung der Lebensstandards der Bevölkerung beitragen.

Viele afrikanische Länder haben große Schwierigkeiten, sich auf nationaler Ebene auf gemeinsame Ziele zu einigen. Sie haben es angesichts der Verhandlungsmacht und ausgefeilter Taktiken externer Akteure schwer in einem

von brutaler Konkurrenz geprägten Kontext, in dem einzelne Länder keine Chance haben, sich durchzusetzen. Nur gemeinsam werden die Länder des Kontinents bestehen können. Die Warnung des ersten ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumahs bei der Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit am 24. Mai 1963 hat auch nach 57 Jahren nichts an Aktualität verloren: „Vereinzelt sind wir schwach. Vereint jedoch könnte Afrika ernsthaft eine der stärksten Kräfte in der Welt sein." Damals sah Nkrumah die afrikanische Einheit als einzige Chance für eine reale Emanzipation Afrikas und trug maßgeblich dazu bei, die Organisation für Afrikanische Einheit zu gründen, um den Geist des Panafrikanismus zu fördern. Trotz aller Schwierigkeiten der 57 vergangenen Jahre gilt es, an dieser Idee festzuhalten und ihr einen neuen Atem einzuhauchen. Denn die Herausforderungen, vor denen der Kontinent angesichts neuer Begehrlichkeiten steht, verlangen die Entwicklung gemeinsamer Standards und Regelwerke, etwa in den Bereichen Handel und Investitionen. Nur so können afrikanische Länder vermeiden, in einer immer größer werdenden Konkurrenz zwischen den großen Mächten zur Spielwiese reduziert zu werden.

Der Kontinent braucht Handlungsspielräume, die es ihm ermöglichen, eigenständige Prioritäten zu setzen. Diese muss er sich erarbeiten; als Geschenk von denjenigen, die von der aktuellen Weltordnung profitieren, wird er sie nicht bekommen. Im Hinblick auf die Rohstoffe lauten die Prioritäten, den momentan großzügigen Bedingungen zugunsten ausländischer Konzerne in den meisten Ländern des Kontinents ein Ende zu setzen und Bedingungen auszuhandeln, die es den verschiedenen afrikanischen Ländern ermöglichen, durch eine strategische Nutzung der Rohstoffe die Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften voranzubringen. Durch die Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften sollte es den afrikanischen Ländern gelingen, langfristig die Abhängigkeit von Rohstoffen für den Export zu reduzieren und nationale sowie regionale Binnenmärkte aufzubauen und zu konsolidieren.

Um all diese Prozesse erfolgreich gestalten zu können, ohne das Risiko der Destabilisierung einzugehen, brauchen afrikanische Länder gemeinsame Initiativen. Nur durch Kooperation wird es gelingen, starke binnenafrikanische Märkte aufzubauen, in denen sich die Länder einer Region in ihren Produktionsstrukturen ergänzen und gegenüber den ausländischen Akteuren die gleichen sozialen und Umweltstandards gelten lassen. Denn diejenigen, die Afrika als Rohstofflieferant betrachten, sind froh, solange es ihnen gelingt, die Länder Afrikas gegeneinander auszuspielen. Eine fatale Funktion übernehmen in dieser Hinsicht die ausländischen Direktinvestitionen. Ihre Wichtigkeit für die Entwicklung afrikanischer Länder wird so betont, dass sich afrikanische Länder einen Kampf um die Senkung der Konzessionsabgaben, Steuern, sozialen und Umweltstandards mit dem bekannten Ergebnis liefern, dass die transnationalen Konzerne große Gewinne erzielen, während ihr Beitrag zur Entwicklung der Länder, in denen sie investieren, viel zu wünschen übrig lässt.

Für Afrika war die Zeit für eine grundlegende Neuorientierung im Umgang mit den Ressourcen noch nie so günstig wie jetzt: Alte und neue Weltmächte liefern sich einen harten Kampf um die Kontrolle strategischer Ressourcen und dieser Kampf wird auch schon in Afrika ausgetragen. Die afrikanischen Länder können davon profitieren und sich durch eine breite Fächerung ihrer Auslandsbeziehungen eine neue ökonomische Handlungsfähigkeit verschaffen, vorausgesetzt, sie tun sich zusammen, um ihre Verhandlungsmacht zu erhöhen. Sie brauchen ein klares Konzept von sich selbst und eine Neukonfiguration ihrer Beziehungen zu allen Weltmächten auf der Grundlage dessen, was sie selbst sein wollen.

Kurz gesagt, damit afrikanische Länder vom neuen Interesse am Kontinent profitieren, müssen sie Subjekte ihrer Geschichte werden, selbst bestimmen, was sie wollen und wohin sie wollen, und wer mit afrikanischen Ländern kooperieren will, muss sich den Rahmenbedingungen unterwerfen, die diese Länder und ihre regionalen und kontinentalen Organisationen selbst definieren und nicht umgekehrt.

Boniface Mabanza Bambu

Fußnoten

1 https://www.dw.com/de/deutschland-afrika-euratspr%C3%A4sidentschaft-merkel/a-54000169
2 Frauke Banse, Compact with Africa – der deutsche Beitrag zur Investitionsliberalisierung und Finanzialisierung in Afrika, in: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49(194): 79-98 · March 2019
3 David Pilling, The scramble for business in Afric: In: Financial Times (September 24, 2018) https://www.ft.com/content/62b1e38c-bd83-11e8-94b2-17176fbf93f5
4 David Pilling, a.a.O.
5 David Pilling, a.a.O.
6 Johannes Simon, Im Namen der Demokratie: Flüchtlingsabwehr um jeden Preis: https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/november/im-namen-der-demokratie-fluechtlingsabwehr-um-jeden-preis
7 Amnesty International, Europäische Migrationspolitik: Der Khartoum-Prozess, 17.2.2017, www.amnesty-sudan.de.
8 Arbeit und Leben e.V., Afrika gibt es nicht. Beiträge zur Dekolonisierung des Alltagsdenkens. https://www.projekt-afrika-gibt-es-nicht.de/einleitung/
9 https://www.bbc.com/news/world-africa-51128950 , s.auch Dossier Paradise Watch: Luanda Leaks, in afrika süd Nr. 3, 2020, https://www.afrika-sued.org/files/luanda_leaks_final_web.pdf

Der Autor ist für die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA tätig.



Containerterminal in Durban. Foto: Donvictorio / Dreamstime.com

Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft

DIE BEZIEHUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION ZUM AFRIKANISCHEN KONTINENT STEHEN VOR BESONDEREN HERAUSFORDERUNGEN. Der Gipfel der Afrikanischen Union (AU) mit der EU, den die europäischen und afrikanischen Staaten auf das Jahr 2021 verschoben haben, soll dazu beitragen, die Kooperation auf neue Beine zu stellen. Viel wird darüber diskutiert, wie den Herausforderungen des Klimawandels begegnet werden kann und wie die Digitalisierung vorangebracht werden soll. Wichtige Themen sind außerdem der geo-strategische Wettlauf auf dem Kontinent zwischen Europa, den USA und China sowie die Migrationsfrage.

Die EU und die afrikanischen Länder befinden sich in unterschiedlichen Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei das europäische Bruttoinlandsprodukt (BIP) mehr als zehnmal so groß ist wie das der afrikanischen Länder südlich der Sahara. Afrikas durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP lag in den letzten 20 Jahren bei 4,6 Prozent und damit weit höher als das Europas. Obwohl das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den letzten 15 Jahren gestiegen ist, deuten die aktuellen Trends darauf hin, dass bis 2030 ca. 380 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner arm bleiben. Die meisten afrikanischen Länder holen nicht auf. Aber nach den verlorenen Jahrzehnten der 1980er- und 1990er-Jahre durchlaufen mehrere Länder weitreichende Transformationen: Durch Urbanisierung, Digitalisierung, Integration in regionale und globale Wertschöpfungsketten, Modernisierung der Landwirtschaft und eine dynamische Jugend gewinnen viele Länder auf dem Kontinent an Selbstvertrauen, auch wenn es immer wieder Rückschläge zu verzeichnen gilt.

Afrikas Anteil am Welthandel liegt unter drei Prozent. 1980 betrug dieser noch 4,6 Prozent, fiel auf unter zwei Prozent während der 1990er-Jahre, um in der Phase nach 2000 leicht anzusteigen. Dies ist vor allem auf die steigende Nachfrage nach Rohstoffen Chinas (auch mit steigenden Preisen für Exportprodukte, sowie steigender Auslandsdirektinvestitionen, die zu mehr Handel beitrugen) zurückzuführen.

Die Wirtschaftsbeziehungen der EU mit Afrika

Die EU ist Afrikas größter Handelspartner. 32 Prozent des gesamten Handelsvolumens wickeln alle afrikanischen Staaten mit der EU ab (China 17 %; USA 6 %). Die EU verzeichnet auch den stärksten Zuwachs bei der Nachfrage nach Afrikas Produkten mit höherer Wertschöpfung. Die Handelsbeziehungen sind zwar eng verknüpft, aber weiterhin extrem

asymmetrisch: Knapp 30 Prozent aller afrikanischen Exporte gehen in die EU, während Afrika für die EU als Absatzmarkt fast ohne Bedeutung ist (1980 noch 6,6 %, 1990: 3,2 %; 2019: unter 1 %). Die Struktur der Aus- und Einfuhren ist ungleich: Afrika exportiert meist unverarbeitete Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte (mehr als 70 %), während die EU nach Afrika vor allem Kapital- und Konsumgüter ausführt (70 % der Gesamtexporte).

Grundlegend bleibt der afrikanische Kontinent eine Randregion der internationalen Investitionstätigkeiten. Betrug der Anteil Afrikas 1967 noch ca. 5,3 Prozent, so fielen die Anteile auf 2,6 Prozent (1980) und auf ca. 2 Prozent (2018). Die europäischen Direktinvestitionen beliefen sich auf 222 Mrd. Euro (2018; Kapitalbestand) und waren damit mehr als fünfmal so hoch wie die der USA und China. Chinesische Auslandsdirektinvestitionen sind stark angestiegen und liegen hinter den USA, Großbritannien, Frankreich auf Rang vier der Zuflüsse. Aber Chinas Bestand an Direktinvestitionen auf dem Kontinent ist im Vergleich zu dem der europäischen Länder nach wie vor gering – er macht ca. 15 Prozent der europäischen Gesamtbestände aus.

China wie auch Indien, die Türkei und einige Golfstaaten haben es gut verstanden, sich als Netzwerker auf dem Kontinent aufzustellen. Die afrikanisch-chinesische Kooperation hat sich deutlich vertieft und damit haben sich auch die Spielräume der afrikanischen Länder, sich von der allzu großen postkolonialen Abhängigkeit von Europa zu befreien, erweitert. Dennoch ist Vorsicht geboten mit einer allzu optimistischen Bewertung Chinas. Gerade die hohen Infrastrukturinvestitionen, die einseitige Ausrichtung auf Rohstoffexporte, Rohstoffinvestitionen und die eher geringe Verbindung zur lokalen Industrie stehen der endogenen Entwicklung entgegen.

Die europäische Kooperation mit Afrika

In den letzten Jahren haben die Europäische Union und die EU-Mitgliedsländer zahlreiche neue Afrikastrategien entwickelt. Diese spiegeln die Herausforderungen der Kooperation auf sehr unterschiedliche Weise wider. Die Bundesregierung und Frankreich sind mit zahlreichen Aktivitäten vorangeprescht, bspw. dem Marshallplan mit Afrika, dem Entwicklungsinvestitionsfonds und dem Compact with Africa (CWA), bei denen die deutsche Regierung federführend war.

Bereits in den Römischen Verträgen von 1958 wurden die Grundlagen für die postkolonialen Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Afrika festgelegt. Die späteren Abkommen von Yaoundé, Lomé und schließlich Cotonou zwischen der EU und der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen (AKP) Staaten begründeten eine enge Bindung u.a. durch Rohstoffstabilisierungsmaßnahmen, Entwicklungshilfe und durch die Bildung gemeinsam besetzter Institutionen.

Erst mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie (JAES) aus dem Jahr 2007 begann allmählich ein Wandel in den EU-Afrika-Beziehungen, der vier Hauptgründe hatte: So wurde China aufgrund seines strategischen Agierens zu einem Hauptwettbewerber für die EU. Der zweite Grund bestand darin, dass viele afrikanische Länder seit ca. 15 Jahren ein relativ hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen. Drittens nahmen Migrationen aufgrund von Krisen und Konflikten zu. Viertens zeigen zahlreiche neue afrikanische Initiativen, wie der Plan 2063 der Afrikanischen Union oder die im Jahr 2019 beschlossene African Continental Free Trade Area (AfCFTA), dass die afrikanischen Staaten zunehmend strategisch agieren und ihre Kooperationsmöglichkeiten mit allen Akteuren ausloten.

Die JAES hatte bereits die notwendige „Abkehr von einer traditionellen Beziehung“ betont, um „eine echte, von Gleichheit geprägte Partnerschaft“ zu schmieden, und der Juncker-Plan – die „Africa-Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs“ (2018) – wollte die Afrikakooperation neu aufstellen. Anfang des Jahres 2020 wurde schließlich die „Towards a Comprehensive Strategy with Africa“ (CSA) vorgelegt. Die CSA ist das europäische Verhandlungsdokument für die Gespräche zwischen der EU und der AU.

Die EU verdeutlicht ihre Interessen. Dazu zählen u.a. ein grünes Wachstumsmodell, ein verbessertes Investitionsklima, die Verbesserung der Ausbildung und der Forschung, Schaffung von Arbeitsplätzen, digitale Transformation, Frieden und Good Governance. Die EU-Kommission betont zudem, die Gefahren für die Umwelt so gering wie möglich halten zu wollen.

Maßnahmen für eine strategische Partnerschaft sind gefragt

Sind die von der CSA vorgesehenen Maßnahmen geeignet, den Herausforderungen gerecht zu werden und einen Beitrag zu inklusiver und nachhaltiger Entwicklung zu leisten? Zunächst einmal sollten Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Es genügt nicht, Konzepte der Vergangenheit zu replizieren. Weder die Strukturanpassungsmaßnahmen der 1990er-Jahre noch der spätere CWA sind in der Lage, die große Transformation auf dem Kontinent voranzubringen und Asymmetrien zu überwinden. Der CWA der G20 wollte durch Großinvestitionen in die Infrastruktur und Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes für Unternehmen höhere Auslandsdirektinvestitionen hervorrufen und so schließlich Wirtschaftswachstum befördern. Doch es zeigt sich, dass die im Rahmen des CWA vorgenommen Investitionen nur sehr wenige Arbeitsplätze schaffen.

Die europäische Strategie darf sich nicht länger durch Dominanz und Asymmetrie auszeichnen. Gelingt dies, würde sich das europäische Engagement auch deutlich von geostrategischem Agieren der USA, Chinas, Russlands und anderer

wichtiger Länder unterscheiden. Dabei könnte die EU ihre bedeutsame Stellung in den 55 Ländern Afrikas dazu benutzen, ein kooperatives, nicht-paternalistisches und nicht-postkoloniales Modell zu verfolgen.

Dass die EU in ihren Agenden trotz der Machtoptionen keineswegs überzeugend agiert, ist dem mangelnden Verständnis der Dynamiken auf dem Kontinent, der mangelnden Debatte über Kooperationsoptionen und der unzureichenden Nutzung der eigenen „hard, soft und smart power" zuzuschreiben. Die CSA-Verhandlungen mit der Afrikanischen Union und den afrikanischen Staaten böte die Möglichkeit, in Verhandlungen eine strategische Zusammenarbeit zu vereinbaren, die die afrikanischen Optionen verbessert und zugleich die EU-Interessen wahrt.

Im Mittelpunkt sollten Themen stehen, die die Beziehungen direkt betreffen und wo es viel Nachholbedarf gibt. Es wäre höchst sinnvoll, die brennenden Fragen nicht auszuklammern, sondern offensiv anzugehen: Förderung der Landwirtschaft, Investitionen, Handelspolitik und Entschuldungsmaßnahmen.

Vor allem kommt es darauf an, zusammen mit den afrikanischen Ländern eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik, die die wichtigsten afrikanischen und europäischen Akteure einbezieht, zu entwickeln. Ein Fokus sollte auf den Maßnahmen zur Nahrungsmittelsicherung bestehen. Welche Wirkungen ein Wegfall dieser Subventionen auf die europäische Landwirtschaft hätte und damit auch auf afrikanische Bauern, lässt sich an dieser Stelle nicht klären, aber es sollte deutlich geworden sein, dass die afrikanischen Bauern in jeder Hinsicht einen deutlichen Wettbewerbsnachteil durch die protektionistischen Maßnahmen der EU (wie auch der USA und China) haben. Da es sehr unwahrscheinlich ist, dass die EU ihre Agrarsubventionspolitik grundlegend ändert, müsste nach neuen Lösungen gesucht werden, die die Möglichkeiten für eine moderne afrikanische Landwirtschaft verbessern, indem sie die hohen europäischen Nahrungsmittelexporte reduzieren hilft und zugleich die Exportmöglichkeiten durch ein verbessertes Wettbewerbsumfeld für afrikanische Produzenten erweitert.

Die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas kann durch Auslandsdirektinvestitionen (ADI) vorangebracht werden, vorausgesetzt es geht nicht um reine Rohstoffausbeutung. Gerade Investitionen in die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie, aber auch in den Dienstleistungssektor können zu hochqualifizierten Jobs, zu Technologie- und Wissenstransfers beitragen und damit auch in der Produktivitätsentwicklung Afrika einen Schub hervorrufen. Vor allem wenn es gelänge, lokale Unternehmen in Industrieclusters und Sonderwirtschaftszonen mitzuziehen.

Die Handelsvereinbarungen sind bislang nicht verlässlich geregelt. Die EU hat mit ihrer Handels- und Kooperationspolitik asymmetrische Beziehungen geradezu begünstigt und damit auch die Verschuldungskrise befördert, die sich jetzt erneut Bahn bricht. Über viele Jahre hinweg berieten die afrikanischen und die europäischen Länder die sog. Economic Partnership Agreements – Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), ohne dass man sich einigen konnte. Die überfällige Reform der Handelsbeziehungen der Europäi-



Investitionen in die verarbeitende Industrie können zu hochqualifizierten Jobs beitragen. Foto: RichTphoto / Dreamstime.com

schen Union mit Afrika erfordert die Aussetzung der EPAs. Die von der EU-Kommission verlangte Marktöffnung droht, afrikanische Unternehmen und Kleinbauern durch Importe weiter zu marginalisieren. Afrikanische Staaten fordern, um sich entwickeln und wettbewerbsfähige Industrien und Agrarwirtschaften aufbauen zu können, einen Außenschutz, um die ungünstigen Standortbedingungen auszugleichen.

Es ist angesichts der Gründung der AfCFTA sinnvoll, die Freihandelszone zu ihrem Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit Europa zu machen. Die AfCFTA wurde von 54 der 55 afrikanischen Länder unterzeichnet und zielt darauf ab, „freien Zugang zu Waren, Gütern und Dienstleistungen auf dem gesamten Kontinent" zu gewähren. Die AfCFTA arbeitet daran, die Zölle auf mehr als 90 Prozent der Waren abzuschaffen, die Handelsbestimmungen zu vereinheitlichen, „Handelskorridore" einzurichten, um den freien Fluss wichtiger Waren zu beschleunigen, und zusätzliche Infrastruktur aufzubauen, um den grenzüberschreitenden Handel zu erleichtern.

Doch auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse schränken die Exportmöglichkeiten Afrikas ein. Notwendig wäre es, durch gemeinsame Anstrengungen der EU und der afrikanischen Staatengemeinschaft zu Lösungen zu kommen, die es afrikanischen Produzenten ermöglicht, die Standards und Normen der EU und auch der Unternehmen in Wertschöpfungsketten zu erfüllen, um dadurch industrielle Entwicklung zu erleichtern.

Daher ist es sinnvoll, das Augenmerk auf die folgenden Punkte zu legen:

- Die EU sollte ihre verbleibenden Zölle auf Importe aus Afrika weiter liberalisieren und die Wirkung dieser Präferenzen durch eine Reform der Ursprungsregeln verbessern. Die EU-Kommission sollte darauf hinarbeiten, allen afrikanischen Ländern zollfreien Zugang zu den EU-Märkten zu gewähren.
- Die EU sollte auch ihre Ursprungsregeln im Einklang mit der WTO-Ministererklärung für die Niedrigeinkommensländer reformieren. Dies würde eine Senkung der Mindestanforderungen an den Inlandsanteil von 30 auf 25 Prozent und die Einführung einer erweiterten Kumulierung beinhalten.

In vielen afrikanischen Ländern besteht ein besonders hohes Schuldenrisiko. Viele Experten schlagen ein Schuldenmoratorium vor, um Spielräume für die Überwindung der Pandemie-, Wirtschafts- und Sozialkrise zu gewinnen. Ob aus dem Zahlungsaufschub ein echter Erlass werden soll, bleibt ungeklärt. Da der Internationale Währungsfonds 16 der 36 einkommensschwachen afrikanischen Länder vor dem Ausbruch dieser Krise entweder als „in Schuldennot" oder als „mit hohem Risiko behaftet" eingestuft hat, wurde immer deutlicher, dass einige Länder in naher Zukunft Schwierigkeiten haben könnten, ihren Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Der Beschluss der G20, des IWF und des Pariser Clubs für einen befristeten Schuldenerlass über die Debt Service Suspension Initiative (DSSI) hat zwar erhebliche Aufmerksamkeit erhalten, aber die Wirkungen für Afrika fallen mit 0,6 Prozent des BIP eher bescheiden aus. Dies liegt daran, dass die afrikanischen Länder in den letzten zwanzig Jahren zunehmend Kredite von multilateralen Kreditgebern (z.B. der Weltbank, African Development Bank), von China und von den Kapitalmärkten und privaten Gläubigern zu kommerziellen Bedingungen aufgenommen haben. Diese aber beteiligen sich nicht am DSSI und auch die Weltbank ist nicht dabei.

Der Beschluss der G20, des IWF und des Pariser Clubs ist zwar positiv zu bewerten, reicht aber nicht aus, um die Last des Schuldendienstes für Afrika deutlich zu verringern. Umso sinnvoller ist es, nach innovativen Lösungen für Afrikas Schuldenprobleme und den anhaltenden Finanzbedarf zu suchen. Was wäre zu tun? Erstens sollte ein Schuldenmoratorium für jene Länder angestrebt werden, die bereits in einer großen Schuldenkrise stecken. Zweitens sollten Länder, die in der Lage sind, auf einen Schuldenerlass zu verzichten, dies tun, um das Vertrauen der Investoren in Zukunft nicht zu verlieren. Drittens sollten private Gläubiger mit ins Boot geholt werden, diese sollten auf einen Teil ihrer Schuldenrückzahlungen verzichten. Viertens sollten keine bilateralen Umschuldungsverhandlungen stattfinden. China als wichtigster Kreditgeber sollte mit in multilaterale Schuldenverhandlungen einbezogen werden.

Resümee

Die CSA öffnet nicht den Weg für eine strategische Partnerschaft. Mit diesem Plan werden die bestehenden Asymmetrien nicht beseitigt. Um hier nun die Weichen neu zu stellen, sollten die EU und die europäischen Regierungen ihre bedeutende Position für einen Reset der Beziehungen nutzen. Europäische Investoren sollten Abschied nehmen von einem Modell der reinen Exportorientierung und Nutzung billiger Arbeitskraft. Stattdessen sollten europäische ADI die lokale Wirtschaft einbinden, Technologie und Wissen transferieren, Jobs schaffen, zur Entwicklung von Mittelschichten und afrikanischem Mittelstand und dadurch auch zur Senkung von Armut beitragen. Gelänge es auch, die Landwirtschaft und den ländlichen Raum – hier lebt die Mehrheit der Afrikanerinnen und Afrikaner und auch der Armen – mitzuziehen, könnten die europäischen Akteure einen Beitrag zu endogener Entwicklung leisten.

Robert Kappel

Literatur:

siehe im Detail Studie von Robert Kappel (2020), Europa – Afrika. Die Neuorientierung in Angriff nehmen, Berlin: FES



Feld mit genmodifiziertem Mais in Kenia. Foto: Dave Hoisington/CIMMYT/wikimedia/cc:by

Durch Anpassung geschwächt

AFRIKAS LANDWIRTSCHAFTSSEKTOR LEIDET UNTER DER ANPASSUNG AN EUROPÄISCHE TECHNOLOGIE. „Beziehungen auf Augenhöhe" ist ein frommer Wunsch, die Realität sieht indes anders aus. Der Autor berichtet von den Schwierigkeiten gleichrangiger Zusammenarbeit am Beispiel der Landwirtschaft in Malawi.

Für die globale Zusammenarbeit wird der Aspekt der Komplementarität als wesentlich angesehen. Hierbei wird angenommen, dass beide Parteien eine ausgewogene Plattform erhalten, um sich gegenseitig zu ergänzen. Die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Nationen und europäischen wie Großbritannien erfolgt jedoch unter Überlegenheits- bzw. Minderwertigkeitskomplexen. Diese sind durch die Erinnerung an die koloniale Vergangenheit geprägt, die in der Gegenwart noch nicht vollständig den Weg für ein Kapitel des Neuanfangs geebnet hat. So sehr wir jedoch menschliche Sklaverei und andere Ungerechtigkeiten verschweigen, so ist es doch offensichtlich, dass die meisten der afrikanischen Länder unter wirtschaftlicher Sklaverei leiden, die auf diplomatischem Wege betrieben wird. In diesem Beitrag möchte ich erörtern, wie sich die Agrarindustrie im Laufe der vor- und nachkolonialen Ära entwickelt hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Länder südlich der Sahara für ihre wirtschaftliche Entwicklung u.a. von der Landwirtschaft abhängig sind.

Der Westen hat seine eigenen Interessen

Beginnen wir mit einem Beispiel aus meiner College-Zeit: Damals stand ein Landwirtschaftsdozent vor dem Kurs und erklärte uns, wie die westliche konventionelle Landwirtschaft geholfen habe, den Landwirtschaftssektor anzukurbeln, indem sie die manuelle Landwirtschaft mechanisierte, die noch mit einfachen Hacken arbeitete. Weiter pries er die Einführung von Hybridsaatgut im Gegensatz zu lokalen Saatgutsorten als einen weiteren Meilenstein im Landwirtschaftssektor an.

Ich erinnere mich, dass ich mit dem Dozenten über das Gleichgewicht zwischen den eingeführten und den lokalen bzw. indigenen Praktiken und Kenntnissen der Landwirtschaft diskutierte. An diesem Punkt wurde mir klar, dass ein Gleichgewicht im Kompromiss zwischen kooperierenden Parteien nicht wirklich existiert, solange eine Partei als überlegen und fortschrittlicher wahrgenommen wird, während die andere Partei als minderwertig und weniger entwickelt angesehen wird. Tatsächlich hat diese Mentalität der Überlegenheits- und Minderwertigkeitskomplexe eine lange koloniale Geschichte, die die heutige Generation noch immer heimsucht, wenn sie am Tisch der globalen Zusammenarbeit sitzt. Das Ungleichgewicht hängt auch mit den bestehenden wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zusammen, zum Beispiel mit der Entwicklungshilfe, die die meisten ehemaligen Kolonien immer noch von ihren ehemaligen Kolonialherren erhalten. So besteht die Freiheit zwar auf dem Papier, doch in der Praxis sind die meisten Länder wirtschaftlich immer noch nicht befreit.

In meinem Land Malawi hängt sogar der Staatshaushalt bis zu einem gewissen Grad von der Unterstützung der Geber ab. Manchmal ist man versucht zu glauben, der Westen tue vielleicht absichtlich alles Mögliche, um verschiedene Möglichkeiten und Chancen für eine völlige Unabhängigkeit zu unterdrücken, um damit sogar die wirtschaftliche und politische Landschaft zu kontrollieren bzw. zu beeinflussen,

aber das ist wohl ein Thema für weitere Diskussionen. Der Deal besteht jedenfalls darin, dass die afrikanischen Nationen an finanzieller Hilfe interessiert sind, die die Regierungsführung entlastet und sich politisch instrumentalisieren lässt, während die Europäer anscheinend daran interessiert sind, ihre Bedeutung und Vormachtstellung aufrechtzuerhalten. Jetzt allerdings, da China die Weltbühne betritt, könnte der Westen auch daran interessiert sein, weiterhin jene Lücken zu füllen, die sonst – unter anderen potenziellen Alternativen – von China besetzt würden.

Die Diskussionen zur Kooperation werden hauptsächlich von dieser Vormachtstellung beeinflusst, daher werden Praktiken, Technologien und Punkte, die von den als überlegen empfundenen Parteien vorgebracht werden, im Vergleich zu denen anderer Parteien hoch geschätzt. So werden die Landwirtschaft und andere Sektoren aus europäischen Ländern als besser im Vergleich zu den Landwirtschaftsmethoden der Länder südlich der Sahara empfunden. Infolgedessen mussten wir im gesamten südlichen Afrika und insbesondere in Malawi einen deutlichen Rückgang der einheimischen und lokalen landwirtschaftlichen Praktiken feststellen.

Hybridsaatgut verdrängt einheimische Sorten

Es gibt viele Feldfrüchte und Saaten, die früher lokal angebaut wurden, z.B. die Maissorten Bantam, Kafula und großkörniger Bingo-Mais, oder Nyungu. Das ist eine lokale Kürbisart, eine Kulturpflanze mit „gefalteten" Blütenblättern, die die meisten Menschen in der Vergangenheit angebaut haben. Die Blätter wurden als Genussmittel verwendet, und die lokal als Maungu bekannte Frucht wurde zum Frühstück oder Abendessen gegessen. Man glaubte sogar, dass die Produktivität der Kulturpflanze von den Händen einer Person abhängt, die sie anbaut. Wenn man also glückliche bzw. sorgsame Hände hat, gibt es reiche Erträge.

Es gibt viele Beispiele für solche verschwindenden lokalen Nutzpflanzensorten, die seit der Einführung konventioneller Anbaumethoden wie der Monokultur und der Abhängigkeit von Hybridsaatgut wie „Njovu", „Mkango" und „MH33" der Firma Monsanto und anderem Hybridsaatgut von verschiedenen Firmen nicht mehr allgemein angebaut werden. Laut einer Umfrage, die 2014 im Norden Malawis durchgeführt wurde, konnte zum Beispiel im Distrikt Rumphi beobachtet werden, dass einheimisches Saatgut schneller dem Aussterben entgegengeht, da es von den Hybridsaaten an den Rand gedrängt wird, die als hochwertig wahrgenommen werden und viele Fürsprecher haben.

Nein, ich stelle mich nicht gegen die Optimierung der lokalen landwirtschaftlichen Praktiken, aber solche Neuerungen sollten das Potenzial der lokalen Sorten nicht übersehen. Und was noch wichtiger ist, sie sollten die lokalen landwirtschaftlichen Werte und Praktiken integrieren, die Bestandteil der verschiedenen Saatgutarten sind und mit den Einheimischen und ihrer Geschichte verbunden sind. Das Traurige daran ist, dass niemand daran interessiert ist, darüber zu sprechen, wie wenig nachhaltig die Landwirtschaft seit der Einführung der konventionellen Landwirtschaft geworden ist. Aufgrund der Unproduktivität, unter der unser Land seit Beginn des Einsatzes von chemischen Düngemitteln leidet, der tatsächlich bis heute in hohem Maße praktiziert wird, basiert die Landwirtschaft heutzutage auf Chemie. Diejenigen Landwirte, die sich früher damit brüsteten, mit lokal verfügbaren Ressourcen zu wirtschaften, befinden sich heute in einer wirtschaftlichen Zwickmühle, in der sie Dünger kaufen müssen, um Ernten zu produzieren, Pestizide kaufen, um die Ernten vor Schäden zu bewahren, Lagermaterialien wie Säcke kaufen, um die Ernten zu lagern, und natürlich jährlich neues Saatgut kaufen, um wieder anbauen zu können, weil sie aus ihrer Hybridernte nicht wie früher Saatgut für die nächste Wachstumssaison erhalten können.

Echte Kooperation ist gefragt

Abschließend ist es wohl angemessen zu sagen, dass die Art und Weise, in der die meisten europäischen und afrikanischen Kooperationen zustande gekommen sind, viel zu wünschen übrig lässt, auch wenn es viele Bemühungen und Initiativen gibt, die darauf abzielen, sich gegenseitig in fairer und ausgewogener Weise zu ergänzen. Wenn die Geschäfte wie gewohnt weiterlaufen, werden die meisten Nationen, die als schwach und minderwertig wahrgenommen werden, am Ende ihre Ressourcen, Werte, Identität und Schätze verlieren, um sich anzupassen. Dies wird sich auch darauf auswirken, wie künftige Generationen von Nationen sich gegenseitig betrachten werden.

Daher sollte die globale Zusammenarbeit bewusst eine ausgeglichene Plattform und Umgebung für Kooperation ermöglichen, die letztlich die Welt durch gegenseitige Ergänzung und Synergien, die durch einige Gemeinsamkeiten entstehen, und unter Berücksichtigung der bestehenden Dynamik und Unterschiede zu einem besseren Ort für alle macht. Zusammenarbeit sollte bedeuten, in die Rolle anderer Menschen aus der ganzen Welt zu schlüpfen und Maßnahmen zu ergreifen, die meinem Land und der Weltgemeinschaft insgesamt zugutekommen. Dies können etwa friedensschaffende Maßnahmen sein oder die Verlagerung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien zum gemeinsamen Wohl aller Formen des Lebens.

Joseph Kenson Sakala

Der Autor ist Umwelt- und Klimaaktivist und arbeitet derzeit als Geschäftsführer bei Youth for Environment and Sustainable Development (YSD) in Lilongwe, Malawi. Er ist Mitglied des African Coal Network und des African Youth Movement.



Zaun eines Flüchtlingslagers. Foto: Yves Bernardi / pixabay

Abschottung statt Partnerschaft

WIE DIE EU MIT DER MIGRATION IN AFRIKA UMGEHT.

Nicht erst seit dem Film „Der Marsch“ aus dem Jahr 1990 wird Migration aus Afrika als bedrohliches Szenario beschrieben, das durch den Klimawandel noch verstärkt wird. Die Bilder von überfüllten Booten und Schiffen, vor allem im zentralen Mittelmeer, verleiten zu der Annahme, dass Hunderttausende aus Afrika nach Europa streben. Vor allem Migrantinnen und Migranten aus Afrika werden als Armuts- oder Wirtschaftsmigranten beschrieben, denen es „nur“ um ein besseres Leben gehe. Die Sicht auf Afrika bleibt dabei eindimensional, es geht um Hunger und Armut, Kriege und Konflikte, die verschiedenen 54 Staaten mit je eigener regionaler Geschichte und ihre vielfältigen Menschen und Kulturen kommen kaum in den Blick. Angesichts der geographischen Nähe und Nachbarschaft ist diese verkürzte Sicht mehr als erstaunlich.

Arbeitsmigration

Im April 2020 veröffentlichte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration sein Jahresgutachten zum Schwerpunkt Migration in und aus Afrika. Danach lebte von den weltweit 36,6 Mio. Migrantinnen und Migranten aus Afrika 2017 mehr als die Hälfte (19,4 Mio. oder 53,4 Prozent) in einem anderen afrikanischen Land. Bei den Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Afrika traf dies sogar auf fast drei Viertel (71,3 Prozent) zu. Die meisten blieben in der unmittelbaren Region. Von den rund 16,9 Mio. Auswanderern aus einem afrikanischen Land, die 2017 außerhalb Afrikas lebten, stammten 60 Prozent aus Nordafrika. Etwa die Hälfte davon lebte in Europa, ein weiteres Drittel in Asien, v.a. in den Golfstaaten. Die wichtigsten Zielländer sind Frankreich (v.a. aus Nord- und Zentralafrika), das Vereinigte Königreich (v.a. aus Ost- und dem südlichen Afrika), die USA (v.a. aus West- und Ostafrika) sowie Saudi-Arabien (v.a. aus Nordafrika). Gründe sind wie so oft Arbeitssuche – so sind viele medizinische Fachkräfte aus Nigeria in den USA oder im Vereinigten Königreich tätig – und Ausbildung oder Studium.

Ehemalige Kolonialverbindungen spielen ebenfalls eine Rolle, so sind die Zahlen afrikanischer Migranten in Frankreich, Portugal oder dem Vereinigten Königreich, aber auch Belgien etwas höher und häufig sind es Menschen mit besseren Qualifikationen, aber auch Sprachkenntnissen. In Italien und Spanien, die erst in den 90er-Jahren zu Zielländern für Migration wurden, arbeiten viele im irregulären Sektor, insbesondere der Landwirtschaft. Für Personen aus Afrika wurden 2018 in der EU 16 Prozent der Aufenthaltstitel für Bildungszwecke erteilt, für Erwerbstätigkeit nur 10 Prozent.

Flucht

Die Flucht vor Gewalt und Kriegen spielt innerhalb Afrikas eine große Rolle. Ende 2018 lebten in ganz Afrika insgesamt knapp 6,8 Mio. Flüchtlinge und 17,8 Mio. Binnenvertriebene innerhalb ihres eigenen Landes. Auch Flüchtlinge bleiben überwiegend in Nachbarländern. So standen 2017 und 2018 mit Uganda (Platz 3), Sudan (Platz 4) und Äthiopien (Platz 9) drei afrikanische Länder auf der Liste der zehn wichtigsten Aufnahmeländer von Flüchtlingen weltweit. Ende 2019 beherbergten Uganda 1,4 Mio. (Platz 5) und der Sudan 1,1 Mio. Flüchtlinge (Platz 7).

85 Prozent der 26 Mio. internationaler Flüchtlinge werden von Entwicklungsländern aufgenommen, dazu gehören neben Ländern in Asien und Südamerika in Afrika Äthiopien, die Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Sudan, Südsudan, Tansania, der Tschad und Uganda. Fünf afrikanische Staaten gehören zu den zehn Hauptherkunftsländern für Flüchtlinge: Südsudan steht mit 2,2 Mio. auf Platz 4, Somalia mit 0,9 Mio. auf Platz 6, gefolgt von der DR Kongo mit 0,8 Mio. und dem Sudan mit 0,7 Mio. auf den Plätzen 7 und 8 und dem Tschad mit 0,6 Mio. Flüchtlingen auf Platz 10.

Nordafrika und Flucht über das Mittelmeer

Der 2011 „arabischer Frühling" genannte Veränderungsprozess erfasste fast alle nordafrikanischen Staaten und führte zu Regierungswechseln in Ägypten und Tunesien, später auch Algerien, aber auch zum seit nunmehr neun Jahre währenden Bürgerkrieg in Libyen. Durch diesen Krieg verloren tausende Migranten ihre relativ einträglichen Arbeitsplätze in der Ölförderindustrie des Landes und wurden in die Flucht getrieben.

In den Bürgerkriegswirren wurden zahllose Migrantinnen und Migranten versklavt, in unmenschlichen Haftlagern der unterschiedlichen Kriegsparteien eingesperrt, misshandelt, erpresst. Die Nähe zu Italien und Malta führte zu immer mehr Bootsflüchtlingen, die von Libyen aus auf das Mittelmeer fuhren. Die italienische Insel Lampedusa war schon in den Vorjahren Ziel von Flüchtlingen aus Libyen und Tunesien, während nach Spanien mit den Exklaven Ceuta und Melilla Migranten und Flüchtlinge aus Westafrika über Marokko kamen. Nach einem schweren Schiffsunglück vor Lampedusa im Oktober 2013 begann die italienische Regierung 2014 eine beispiellose Seenotrettungsaktion Mare Nostrum, mit der Zehntausende Flüchtlinge von der Marine gerettet wurden. Ergänzt wurde Mare Nostrum von Rettungsschiffen humanitärer Organisationen wie SOS Mediterranee mit Ärzte ohne Grenzen, Seawatch, Save the Children, Open Arms und anderen mehr.

Italien bemühte sich um Unterstützung anderer EU-Staaten, insbesondere für die Aufnahme von Geretteten, stieß aber auf Ablehnung. Im Oktober 2014 wurde die Mission daraufhin eingestellt. Allerdings ließ Italien weiterhin alle aus Seenot Geretteten an Land gehen. Im April 2015 beschloss die EU eine Überwachungsmission im zentralen Mittelmeer mit dem Ziel, Schleuser und irreguläre Migration zu bekämpfen. Diese Mission EUNAVFOR Sophia warb später damit, dass zahlreiche Menschen aus Seenot gerettet wurden.

Von Juni 2018 bis Oktober 2019 war Matteo Salvini von der Lega Nord Innenminister Italiens. Er ließ Boote mit aus Seenot Geretteten nicht mehr in italienischen Häfen einlaufen, das vor 2014 übliche Abschieben der Verantwortung für die Geretteten zwischen Italien und Malta wurde nun wieder fortgeführt. 2019 waren davon selbst Schiffe der EU-Operation Sophia und der italienischen Küstenwache betroffen, was mit zur Einstellung der EU-Mission im März 2020 führte.

Über das zentrale Mittelmeer kamen vor allem Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia, Sudan und Südsudan, aber auch syrische und palästinensische Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aus den Flüchtlingslagern im Libanon oder Jordanien und aus Ägypten. Der Bürgerkrieg in Syrien trieb seit 2012 Millionen Syrerinnen und Syrer in die Flucht. Mit dem stetigen Anstieg der Flüchtlingszahlen wurde die Versorgung der Flüchtlinge in den Nachbarstaaten schwierig, auch wurden Fluchtwege durch die Türkei und in die EU mit dem EU-Türkei-Deal vom März 2016 gesperrt. Die Balkanroute, über die im Sommer 2015 viele Flüchtlinge nach West- und Nordeuropa gelangten, wurde von den Balkanstaaten versperrt. Mehrere Tausend Flüchtlinge befinden sich nach wie vor in Serbien und Bosnien in der Hoffnung, es doch in die EU zu schaffen. Über Mali und Niger kamen und kommen Flüchtlinge aus dem Tschad und Nigeria, auch Arbeitsmigranten aus verschiedenen westafrikanischen Staaten. Die Routen sind durch die Abschottungspolitik der EU teurer und vor allem gefährlicher geworden.

EU-Afrikapolitik

Die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern zu Migration war schon lange geprägt vom Wunsch der EU-Staaten, Rückübernahmeabkommen mit möglichst vielen Ländern zu vereinbaren. Dieses Ziel wurde zunehmend in andere Kooperationsverträge – Cotonou, Euromed, Nachbarschaftsprogramme – aufgenommen. Einige Staaten lehnen jedoch die Rückübernahme von Personen aus Drittstaaten ab, wie dies im EU-Verhandlungsmandat vorgesehen ist.

Nach dem Bericht der Globalen Kommission für Internationale Migration und dem darauffolgenden Prozess des „Globalen Forums zu Migration und Entwicklung" ab 2007 wurden mit verschiedenen Ländern „Migrationspartnerschaftsprogramme" erprobt. Darin sollten Rückkehrprogramme, aber auch Visaerteilung für Arbeitsmigration unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Schwerpunkte (kein „Brain drain") einander ergänzen. Die Finanzkrise von 2008 hat einige der zarten Ansätze zunichte gemacht.

Auch für afrikanische Flüchtlinge sollten über gezielte Resettlement-Programme (Neuansiedlung) Perspektiven eröffnet und Schutz in ausgewählten Regionen gefördert werden. Auch diese mit Enthusiasmus begonnenen Programme blieben weit hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurück, obwohl die Flüchtlingszahlen in der EU bis 2010 rückläufig waren.

Rabat-Prozess zu Migration und Entwicklung

Seit 2006 gab es einen Austausch zu Migration und Entwicklung zwischen der EU und afrikanischen Staaten. Die politische Erklärung von Rabat stellte eine ausgewogene Politik in Aussicht, die sich auch in Formulierungen der EU für einen Global Approach to Migration and Mobility wiederfinden – z.B. dass Entwicklungsziele gefördert werden, Mobilität und Austausch, aber auch irreguläre Migration gemeinsam angegangen werden. Schon der Aktionsplan von Rabat 2006 enthält jedoch als konkrete Maßnahmen die Unterstützung und Ausbildung von Grenzschützern, Ausstattung und Ausrüstung, z.B. für maschinenlesbare Pässe und Visa.

Diese Widersprüchlichkeit setzt sich in der Erklärung von Valetta/Malta 2015 fort. Die EU und afrikanische Regierungsspitzen vereinbarten hier große Ziele in der gemeinsamen Bearbeitung von Migration im Lichte der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, auch im Aktionsplan gibt es gute Ansätze. Konkret wird die Förderung jedoch auch hier bei Grenzschutz und Ausstattungshilfe zur Kontrolle von irregulärer Migration. Entsprechend wird 2016 das Mandat der EU-Grenzschutzbehörde Frontex für die operative Kooperation mit Drittstaaten ausgeweitet.

Die politische Krise der EU bei der Flüchtlingsaufnahme 2015 führte zu mehreren Instrumenten, die diese Ideen wieder aufnahmen: Die Resettlement-Programme sollten in einer Rahmenvereinbarung verbindlich für die EU-Staaten geregelt werden, und auch der EU Emergency Trust Fund for Africa sollte nicht nur Migration kontrollieren, irreguläre Migration verhindern, sondern auch Mobilität ermöglichen und Entwicklung fördern. In Nordafrika werden jedoch insbesondere Rückkehr- und Reintegrationsprogramme, über Italien auch ein „integriertes Grenzmanagement“ in Libyen gefördert.

Der EU-Migrationspakt 2020

Am 23. September 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für einen neuen Europäischen Migrationspakt. In der Kommunikation und den Gesetzesvorschlägen wird wenig von Flüchtlingen und Flüchtlingsschutz gesprochen, mehr von Migranten und unberechtigt Eingereisten. Solidarität wird viel beschworen, diese gilt jedoch nicht den Menschen auf der Flucht, sondern den Mitgliedsstaaten untereinander. Sicher finden sich in den 500 Seiten auch einige positive Wendungen, es wird auch davon gesprochen, dass mehr sichere und legale Wege für Flüchtlinge und Migranten eröffnet werden sollen. Hierfür gibt es außer einer auf das nächste Jahr verschobenen Konkretisierung zu Resettlement aber keine klaren Vorschläge.

Nun sollen Vorprüfungen an Grenzen eingeführt werden, wie es sie an manchen Flughäfen im Transitbereich bereits vor der Einreise gibt. Dies soll nun an Landesgrenzen (oder deren Nähe) ohne Rechtsberatung praktiziert werden. Der Rechtsweg soll erst bei einer Entscheidung über Asylverfahren oder Abschiebung/Rückschiebung möglich sein. Ein Schwerpunkt der Vorschläge ist ohnehin, dass möglichst viele Migranten zurückgeschickt werden. Dafür sollen Regierungen nun „Patenschaften“ übernehmen, einen eigenen Koordinator soll es für Rückführung geben. Grund für diese politische Weichenstellung, so heißt es, seien die sinkenden Anerkennungsraten für internationalen Schutz. Dass von den 60 Prozent in erster Instanz abgelehnten Asylanträgen ein großer Teil in zweiter Instanz anerkannt wird, bleibt außen vor; ebenso die Tatsache, dass seit 2012 – anders als in den 2000er-Jahren – der Anteil der Anerkennungen für Flüchtlinge hoch ist.

In der Konsequenz hieße das: Sollten die Vorschläge der Europäischen Kommission so beschlossen werden, könnte es zu noch mehr menschenunwürdigen Lagern an den Grenzen kommen. Eine Multiplizierung von Lagern wie Moria, ob in Kara Tepe, an der griechisch-türkischen Landgrenze, in Italien und Spanien, auf Zypern und Malta, oder an der kroatisch-bosnischen, der ungarisch-serbischen Grenze, sollte die EU nicht wollen: Diese Lager verstoßen gegen Menschenwürde und Menschenrechte, in diesen Lagern sind Menschen nicht sicher. Solche Lager sollten schnellstens evakuiert und geschlossen werden!

Das nächste Gipfeltreffen zwischen Europäischer und Afrikanischer Union wird wohl erst 2021 unter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft stattfinden. Wenn die EU es ernst meint mit ihren Versprechen, Migration und Mobilität partnerschaftlich zu regeln, dann müssten dort Angebote für Studienförderung, vor allem aber leichtere Visaerteilung für Studium, Ausbildung und auch für Arbeitsplatzsuche vorgelegt werden (ein Vorschlag des SVR). Ebenso wünschenswert wäre die konkrete Unterstützung der Freizügigkeit innerhalb Afrikas, die von ECOWAS bereits geplant und von der AU angestrebt wird. Dringend notwendig ist eine stabile Förderung für die Länder in Afrika, die Flüchtlinge aus ihrer Region aufgenommen haben. Denn der größte Teil der Migration findet innerhalb Afrikas statt. Hier ist Solidarität gefragt.

Doris Peschke

Die Autorin arbeitet als Referentin in der Abteilung Flucht, interkulturelle Arbeit, Migration bei der Diakonie Hessen.

Anatomie eines komplexen Verhältnisses

EINE REZENSION



Henning Melber (Hrsg.) Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses
Brandes & Apsel Verlag 2019, ISBN 978-3-95558-257-9; Euro 24,90

Buchveröffentlichungen zu Afrika sind in den letzten Jahren selten geworden. Umso mehr ist dem Verlag Brandes & Apsel, der auch sonst etliche Monographien zu afrikanischen Ländern veröffentlicht hat, zu danken für ein Buch, in dem achtzehn Autorinnen und Autoren zu Wort kommen. Der Band hat den Anspruch, ein Jahrhundert nach dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft Aspekte eines deutsch-afrikanischen Verhältnisses in das Blickfeld zu rücken, „die sich mit den Folgen dieser Geschichte in der Gegenwart auseinandersetzen".

Der erste Teil des Buches widmet sich der „Analyse außen-, wirtschafts-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Aspekte der offiziellen deutschen Afrikapolitik" gefolgt von „virulenten Themen wie der Politik mit Flüchtlingen und dem Umgang mit geraubten Kulturgütern." Es geht aber auch um die „Bearbeitung des deutschen Kolonialismus und dessen anhaltenden Erscheinungsformen im Alltag". Ein Buch, das einen weiten, aber notwendigen Bogen spannt, um die heutigen Debatten um Kolonialismus, den Umgang mit geraubten Kulturgütern, Rassismus, Migrations- und Flüchtlingspolitik zu verstehen und eine begründete Position zu beziehen.

Im einleitenden Beitrag **„Das deutsche Afrika"** entlarvt der Herausgeber Henning Melber, der lange in Namibia gelebt hat, den Mythos der Kolonisierung als „zivilisatorische Mission" und konstatiert die Geschichtsverdrängung oder -leugnung als „Koloniale Amnesie" („als zeitweiliger oder dauerhafter Gedächtnisverlust)", wenn vorhandenes Wissen oftmals noch immer geleugnetes Wissen bleibt. Das verdeutlicht er dann am „Kolonialsujet Namibia".

Andreas Mehler, Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg, versucht in seinem Beitrag **„Deutsche Außenpolitik in Afrika"** eine Antwort auf die Frage „Was will deutsche Afrikapolitik eigentlich, was sind ihre Interessen?" Die Antwort ist nicht einfach angesichts der Gemengelage verschiedenster Interessen der involvierten Ministerien, der Interessen Europas und der Rolle der Vereinten Nationen. Beachtenswert ist sein Fazit: „Außenpolitik in Afrika ist auch viel stärker zur „Innenpolitik mit anderen Mitteln" geworden, seitdem die Fluchtursachen- (eigentlich aber Migrations-)bekämpfung so sehr in den Vordergrund gerückt ist." Dieses Fazit wird nachvollziehbar belegt.

Während die „Entwicklungspolitische Zusammenarbeit" (EZ) in dem Beitrag von Andreas Mehler nicht beachtet wird, geht es im Artikel **„Deutsche Afrikapolitik – mehr als Stückwerk?"** von Robert Kappel, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler und Prof. em. der Universität Leipzig, genau darum. Ein außerordentlich lesenswerter Artikel, weil er sich differenziert mit der deutschen EZ auseinandersetzt, verständlich erklärt, was es mit dem „Marshallplan mit Afrika" und dem „Compact with Africa" auf sich hat und konkrete Vorschläge für eine „Neuorientierung der deutschen Afrikapolitik" unterbreitet. Er fordert eine neue europäische Handels- und Landwirtschaftspolitik und „vor allem einen Paradigmenwechsel, der anerkennt, dass Entwicklung nur von Innen kommen kann. Das heißt: Die Afrikaner entscheiden über ihren Weg." Sehr nützlich ist die als Anhang des Beitrages zu findende Auflistung „Wer tut was in der deutschen Afrikapolitik". Wenn man den Beitrag von Robert Kappel in Verbindung bringt mit dem von Boniface Mabanza Bambu an späterer Stelle des Buches, ist es möglich, einen fundierten, kritischen Blick auf die deutsche Afrikapolitik zu werfen.

Im Beitrag von Stephan Klingbeil, Forschungsprogrammleiter am „Deutschen Institut für Entwicklungspolitik" (DIE),

hält der Verfasser ein **„Plädoyer für Entwicklungszusammenarbeit mit Sub-Sahara Afrika“**. Er stellt ein sprunghaft gestiegenes afrikapolitisches Interesse Deutschlands fest. Die vielen Reisen der Bundeskanzlerin nach Afrika hatten aber wesentlich ein Ziel: Regierungen in Westafrika zu überzeugen, Migration zu verhindern. Dafür gab und gibt es vor allem Geld. Ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement Deutschlands war weniger wichtig. Genau dafür plädiert aber Stephan Klingbeil und nennt vier Gründe für eine Strategiedebatte über die künftige entwicklungspolitische Ausrichtung.

Der Beitrag **„Gender in der deutschen Afrikapolitik“** von Rita Schäfer, freiberufliche Wissenschaftlerin und ausgewiesene Afrikaexpertin, enttäuscht insofern, als er zwar ausweist, dass sich die Verfasserin in den einschlägigen Papieren, Resolutionen und Diskussionen sehr gut auskennt, aber ansonsten nur Fragen stellt und keinen Weg weist, wie die Gender-Frage in der Afrikapolitik verankert werden könnte.

In seinem Artikel zum komplexen Thema **„Frieden und Sicherheit“** erklärt Ulf Engel, Professor für „Politik in Afrika“ am Institut für Afrikastudien der Universität Leipzig, sehr einleuchtend, wie der Begriff der „Krisenprävention“ Eingang in die politischen Entscheidungen gefunden hat, wie die deutschen „friedenserhaltenden Einsätze“ sich in den letzten Jahren „afrikanisiert“ haben, was von der Öffentlichkeit so kaum wahrgenommen wird und wie janusköpfig die Politik der Bundesregierung ist, die einerseits versucht, sich „international als zivilstaatlicher, friedenspolitischer Akteur zu etablieren, … auf der anderen Seite fördert sie in einer eng nationalstaatlichen Perspektive die Exportinteressen der deutschen Rüstungsindustrie.“

Um den **„Finanzplatz Afrika: Grüne Finanzflüsse und afrikanische Energietransitionen“** geht es im Beitrag von Steffen Haag und Franziska Müller, die sich mit diesen Fragen an ihren jeweiligen Hochschulen beschäftigen. Es geht zunächst wesentlich um den Begriff „Derisking“, also darum, grüne Investitionen in Afrika und anderen Ländern des Südens durch öffentliche Garantien weniger risikoreich zu machen und so zu fördern. Am Beispiel Uganda und Sambia wird das für die deutsche EZ anschaulich dargestellt. Doch der Artikel setzt sich dann durchaus kritisch mit „Derisking“ auseinander, indem er die Gefahren der Verschleierung struktureller Probleme und die „Entpolitisierung und Entdemokratisierung eines sozial-ökologischen Transitionsprozesses“ aufzeigt. Die dagegen aufgezeigten positiven Beispiele sind allerdings wenig überzeugend, weil lokal begrenzt.

Zum Thema Migration legt Melanie Müller, Politikwissenschaftlerin an der Universität Kassel, einen beachtenswerten Artikel vor: **„Neuer Schwerpunkt in der Afrikapolitik – Migrationsabwehr“.** Sie entlarvt, dass hinter vielen als EZ mit afrikanischen Ländern bezeichneten Politiken nichts anderes steht als der Versuch, Migration in die Drittstaaten zu verlagern, formuliert als „Migration steuern, Fluchtursachen vermeiden, Flüchtlinge schützen“. Es geht aber der Politik darum, Migration nach Europa, wesentlich aus Westafrika, überhaupt zu verhindern. Dazu ist man bereit, Diktatoren zu „Türstehern Europas“ zu machen, wie das Beispiel Nigeria zeigt. Dass die eigentliche Migration in Afrika selbst stattfindet, und hier ein wichtiges Feld für die EZ liegt, wird von der Politik nur am Rande zur Kenntnis genommen.

Der Beitrag **„Politik mit Flüchtlingen“** von Boniface Mabanza Bambu, Koordinator der „Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika“ (KASA) in Heidelberg, ist zweifellos der profilierteste politische Beitrag des Buches. Gut argumentiert wird die Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU schonungslos entlarvt und ihre Menschenrechtsverachtung dargestellt. Die Notlage, aber auch die korrupten Strukturen vieler afrikanischer Staaten werden hemmungslos eingesetzt, um die europäische Abschottungspolitik durchzusetzen. Staaten mit zweifelhafter Menschenrechtslage wie Marokko gelten nun als „sichere Herkunftsstaaten“. Mabanza entlarvt die Politik Europas als „Symbolpolitik“: Man tut so, als würde afrikanischen Staaten geholfen werden, nach innen gerichtet geht es aber darum, „alle notwendigen Kanäle zur „Eindämmung“ der „Flüchtlingsströme“ zu mobilisieren.“ In diesem Zusammenhang muss auch die sog. „Investitionsoffensive nach Afrika“ gesehen werden. Eine ernst gemeinte Fluchtursachenbekämpfung dagegen müsste vor allem auch die europäische Handelspolitik thematisieren, die die Existenzgrundlage der Bauern und Fischer gerade in Westafrika zerstört. Die Handelsabkommen in ihren verheerenden Auswirkungen sind eine der wesentlichen Fluchtursachen. Dies wird aber von der Politik vehement bestritten.

Die Ausführungen von Andreas Eckert, Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität zu Berlin, sind ein sehr lesenswerter Beitrag über die Wege, aber insbesondere auch Irrwege der **„Afrikawissenschaften in Deutschland“**. Er beklagt mit Robert Kappel, dass „die heutigen Afrikastudiengänge immer noch von der Lehre der Sprachen, Kultur, Geschichte und Ethnologie dominiert werden.“ Es wird dann der Nachweis geführt, wie stark sich die Afrikakunde in den Dienst des Kolonialismus einschließlich der protestantischen Missionsbewegung gestellt hat, lässt das tödliche Schicksal im Nationalsozialismus der sog. „Sprachinformanten“, also der afrikanischen Assistenten der Sprachforscher an den Universitäten, nicht unbeachtet und zeigt, wie schwer es nach dem 2. Weltkrieg für die Disziplin der Entwicklungssoziologie war, sich als Studienfach zu etablieren. Beachtenswert sind zum Schluss des Beitrages die Hinweise auf eine zunehmende Internationalisierung der deutschen Afrikawissenschaften, indem immer mehr Publikationen in englischer Sprache erscheinen und damit internationale Anerkennung finden. Nahezu nebenbei fällt eine

wichtige Bemerkung: „In Afrika selbst litt die akademische Wissensproduktion erheblich unter den zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Krisen."

Der Beitrag von Manfred Loimeier, der an der Universität Heidelberg zu Afrikanischen Literaturen in englischer Sprache lehrt, zu **„Deutschland und die Literaturen Afrikas"** erscheint wie herausgefallen aus allen anderen, was aber lediglich zeigt, dass die afrikanische aktuelle Kultur bei uns kaum Beachtung findet und „afrikanische Literaturen hier noch nicht zu Hause sind." Loimeier führt das zu recht auch darauf zurück, dass als Literatur bei uns vornehmlich Romane gelten und Essays, Kurzgeschichten, Gedichte, geschweige denn digitale Veröffentlichungen kaum Aufmerksamkeit finden. Aber auch von den mindestens sechshundert Romanen afrikanischer Autorinnen und Autoren, die wahrgenommen werden sollten, gibt es nur die Hälfte in deutscher Sprache. Was veröffentlicht wird, muss nach Auffassung der französischen Literaturwissenschaftlerin Claire Ducournau eine Form von Exotismus oder „afrikanischer Authentizität" verheißen. Leider folgt Loimeier nun in seinen Ausführungen wesentlich dieser Literaturwissenschaftlerin und ihrer nur in französischer Sprache vorliegenden Studie. Ihre Überlegungen zur Rezeption afrikanischer Literatur in Frankreich versucht Loimeier auf Deutschland zu übertragen und zentrale Parallelen festzustellen. Ein Versuch, der sich als wenig erkenntnisreich erweist. Dazu sind die Unterschiede zu groß angesichts der Kolonialgeschichte Frankreichs, der Tatsache, dass viele afrikanische Autoren in französischer Sprache veröffentlichen und es in Frankreich eine andere literarische Kultur gibt. Dennoch ist der Beitrag von Loimeier sehr lesenswert, weil er eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen vermittelt, wie das „Versprechen darauf, was es aus den afrikanischen Literaturen noch alles zu erfahren und zu entdecken gäbe."

Die folgenden Beiträge des Buches reflektieren unseren internen Umgang mit Afrika in Deutschland. Albert Gouaffo, Professor für germanistische Literatur- und Kulturwissenschaft sowie für interkulturelle Kommunikation an der Universität Dschang in Kamerun (endlich einmal ein Afrikaner) und Stefanie Michels von der Universität Hamburg schreiben über **„Afrikanische Kulturgüter und deutsche Museen: Wem gehört was?"** Der lesenswerte Beitrag informiert sehr anschaulich über die aktuelle Diskussion in Deutschland, geht auch auf die Positionen in Afrika ein und stellt schließlich zwei alternative Möglichkeiten vor: Einerseits die „Re-Historisierung und Re-Afrikanisierung" oder andererseits „Die Überwindung der symbolischen Gewalt der Gegenwart", womit gemeint ist: „Die entscheidende Frage ist also vielleicht gar nicht „Wem gehört was?", sondern: „Wer entscheidet, in welcher Art und Weise über Kulturgüter gesprochen wird, wie mit ihnen gearbeitet wird und wer überhaupt Zugang zu ihnen hat?" Das trifft in der Tat den Kern des Problems.

Der sehr lesenswerte Beitrag von Joachim Zeller, ein in Namibia geborener und jetzt in Berlin lebender Historiker und Publizist, **„Weg vom Vergessen? (Post)Koloniale Erinnerungskultur in Deutschland"** setzt sich differenziert mit der deutschen Erinnerungskultur auseinander, wie sie u.a. bei „leipzig-postkolonial" formuliert wird, wenn Vergegenwärtigung kolonialer Vergangenheit verknüpft wird mit „den aktuellen Debatten um Rassismus, globale Ungleichheit und den Umgang mit „Anderen". Zeller beschreibt anschaulich die Geschichte der „Kolonialapologie" und fordert, da auch Deutschland eine „postkoloniale Gesellschaft" sei, „sich der Gegenwart der kolonialen Vergangenheit zu stellen".

Nach dem Beitrag **„Zwischen kolonialer Amnesie und konstruktivem Engagement – Postkoloniale Asymmetrien"** von Reinhart Kößler gibt der Herausgeber Henning Melber lobenswerter Weise auch Afrodeutschen in dem Sammelband eine Stimme. So schreiben Tahir Della, Aktivist der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland" (ISD) und Bebero Lehmann, Historikerin und Journalistin, ebenfalls aktiv in der ISD und der Initiative „Decolonize Deutschland", über **„Afrodeutsche und eine deutsche Afrikapolitik – Zwischen kritischer Aufarbeitung und kolonialen Kontinuitäten"**. Sie weisen auf den strukturellen Rassismus in der Bundesrepublik und damit auf ein sehr aktuelles Thema hin. Sie belegen, dass „Racial Proffiling" eine Realität ist, und beleuchten den Zusammenhang zwischen Rassismus und den „Gewalttaten gegenüber geflüchteten Menschen". Sie fordern eine „Globale Solidarität" und betonen: „In der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik zeigt sich besonders deutlich, dass die humanitären Werte, auf die sich der Westen bezieht, bis heute nicht für alle gelten." All das hat nach Meinung des Autors und der Autorin wesentlich seine Ursache in der „ignoranten Verdrängung der deutschen Kolonialgeschichte". Leider ist der Beitrag in einigen Ausführungen sehr pauschal und weniger argumentativ.

Das kurze Schlusskapitel des Herausgebers Henning Melber **„Herausforderungen deutscher Dekolonisierung"** beleuchtet wesentlich am Beispiel des Berliner Humboldt Forums die These: „Die Beziehungen des Westens zu seiner Vergangenheit sind eine aktiv konstruierte, eifersüchtig bewachte und vergiftete Weigerung, sich den Fakten zu stellen." Wer es nach der Lektüre des Buches noch immer nicht begriffen hat, dem wird noch einmal verdeutlicht: „Koloniale Demenz ist irreversibel. Koloniale Amnesie nicht."

Klaus Thüsing



Great for Partnership? DRC-Präsident Félix Tshisekedi mit dem britischen Premierminister Boris Johnson. Foto: Pippa Fowles / Crown Copyright

Neue Handelsbeziehungen nach dem Brexit?

GROSSBRITANNIENS BEZIEHUNGEN ZU AFRIKA STEHEN AUF DEM PRÜFSTAND. Der Austritt aus der Europäischen Union bietet die Gelegenheit, günstigere Handelsbedingungen für die Volkswirtschaften Großbritanniens und Afrikas auszuhandeln. Der britische Premierminister Boris Johnson hat jedoch die „Global Britain"-Rhetorik seiner Vorgängerin aufgegeben, was die Autorin dazu veranlasst hat, das Potenzial und die Fallstricke einer neu definierten britisch-afrikanischen Beziehung zu untersuchen.

Als Theresa May noch britische Premierministerin war, prägte sie den Begriff „Global Britain", mit dem sie einen Weg hin zu Freihandelsabkommen und einem breiteren Engagement über Europa hinaus signalisieren wollte. Auf ihrer Reise auf dem afrikanischen Kontinent im August 2018 ging May in die Offensive und versprach, die USA bis 2022 als größten G7-Investor in Afrika überholen zu wollen. Der Schwerpunkt ihrer Reise lag auf den wichtigsten afrikanischen Commonwealth-Partnern – Südafrika, Kenia und Nigeria.

Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit zu Hause auf das unbeholfene Lavieren der Premierministerin in den Brexit-Verhandlungen konzentrierte, signalisierte die Reise einen Kurswechsel in der strategischen Ausrichtung der britischen Außenpolitik. Mit dem Brexit als Katalysator versuchte die britische Regierung, die historischen Beziehungen zu den wichtigsten afrikanischen Handelspartnern neu zu justieren, um nach dem Verlassen der EU den Abschluss von Handelsabkommen zu ermöglichen.

Seit Beginn seiner Amtszeit als Premierminister im Juli 2019 signalisierte Großbritanniens Premierminister Boris Johnson mit seiner Konzentration auf innenpolitische Fragen jedoch eine Abkehr von der „Global Britain"-Rhetorik Mays und das angedachte Engagement in Afrika ist seither von der Tagesordnung verschwunden. Die diplomatischen Bemühungen von Johnsons Regierung haben sich dort, wo sie stattfanden, auf die „besonderen Beziehungen" zu den USA und der „Anglosphäre" – vor allem Australien, Neuseeland und Kanada – konzentriert. Die Berichterstattung in den Medien und die offiziellen Besuche zielten zweifellos in diese Richtung.

Inmitten der Turbulenzen um den Brexit sollte Johnson jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass die Beziehungen zum Ausland verbessert und ausgebaut werden müssen. Unabhängig davon, wie das Abkommen zwischen der EU und Großbritannien nach dem Austritt Londons aussehen wird, wird London die Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt (neu) verhandeln müssen. 2016, kurz bevor er sich der

Der Beitrag von Emily Yates ist Teil eines Projekts mit dem Titel „Africa beyond Brexit: Ideas and Practices of Postcolonial Engagement in a Changing Global Order" (Afrika jenseits von Brexit: Ideen und Praktiken postkolonialen Engagements in einer sich verändernden Weltordnung), das in der Abteilung für Politik an der Universität York angesiedelt ist und in Zusammenarbeit mit dem Interdisciplinary Global Development Centre (IGDC) durchgeführt wird. Das von Dr. Peg Murray-Evans und Dr. Nicole Beardsworth geleitete Projekt versucht, eine neue Forschungsagenda zu definieren, die den Brexit als Diskussionsgrundlage für erweiterte Beziehungen Großbritanniens zu Afrika nutzt und dies in einen breiteren Kontext der sich verändernden globalen Machtdynamik stellt.

Brexit-Kampagne anschloss, sprach Johnson vom protektionistischen Charakter der EU, der die britischen Handelsbeziehungen behindere. Wenn dies die Absicht hinter der Brexit-Kampagne war, könnte dies nun die Gelegenheit bieten, neue Beziehungen zu wichtigen Partnern zu knüpfen.

Bei der Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas nach dem Brexit sollte Großbritannien die Schaffung eines präferenziellen Marktzugangs für Importe aus dem globalen Süden, die Erleichterung des Bildungsaustauschs durch die Überarbeitung des Visumantragsverfahrens und die Neudefinition der EZ-Beziehungen erwägen. Dies kann dazu beitragen, eine dauerhafte und für beide Seiten vorteilhafte Außenpolitik aufzubauen, um die „Global Britain"-Vision zu verwirklichen.

Wissensaustausch auf Augenhöhe?

Obwohl der afrikanische Kontinent oft als kaum mehr als ein Nettoexporteur von Rohstoffen dargestellt wird, hat er neben seinem Reichtum an natürlichen Ressourcen noch viel mehr zu bieten. Afrika hat eine der am schnellsten wachsenden Jugendbevölkerungen und über 400 Mio. Menschen im Alter zwischen 15 bis 35 Jahren. Damit widersetzt sich der Kontinent dem Trend des stagnierenden Bevölkerungswachstums in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dies bietet nicht nur Potenzial für Humankapital, sondern auch für Wissen und Innovation sowie für einen wachsenden Markt an britischen Produkten und Dienstleistungen – nicht zuletzt im Hochschulsektor. Dies ist eine Chance, sowohl junge Talente aus Afrika anzuziehen als auch Afrika als Standort für Unternehmensneugründungen zu bewerben.

Großbritannien verfügt über eine der höchsten Konzentrationen an Hochschuleinrichtungen von Weltruf, aber ein kürzlich veröffentlichter Bericht der britischen parteienübergreifenden parlamentarischen Arbeitsgruppen (APPG) für Afrika, nämlich der APPG für Malawi und der APPG für Diaspora, Entwicklung und Migration, zeigt, dass Afrikanerinnen und Afrikanern doppelt so häufig ein Visum nach Großbritannien verweigert wird als Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Regionen der Welt. Dies ist eine unbequeme Wahrheit im Zusammenhang mit dem Anspruch eines Global Britain und erschwert so den geschäftlichen und akademischen Austausch erheblich. Die Regierung reagierte kürzlich mit der Ankündigung eines beschleunigten Visaverfahrens für Wissenschaft, Technologie und Ingenieurwesen, um „Großbritannien als wissenschaftliche Supermacht zu festigen".

Aber MINT-Fächer sollten nicht der einzige Schwerpunkt sein. Obwohl viele Universitäten über engagierte Zentren für Afrikastudien verfügen, wurde oft festgestellt, dass sie nur sehr wenig „Afrika" enthalten. Afrikastudien sind ein ausgesprochen interdisziplinäres Fach. Daher bedarf es einer stärkeren Einbeziehung und Integration mit afrikanischen Forschungs- und Hochschuleinrichtungen sowie eines einfacheren und umfassenderen Visaverfahrens für alle Personen aus Forschung und Wissenschaft, die Großbritannien zu ihrer neuen Heimat machen, das Studium Afrikas bereichern und zu den weltweit führenden Universitäten Großbritanniens beitragen wollen. Diese Veränderungen können dazu beitragen, Innovation und Informationsaustausch zu fördern, mit dem Potenzial für ein breites Spektrum an wirtschaftlichen Vorteilen. Ein integratives akademisches Umfeld wäre für beide Seiten vorteilhaft, da es ein stärker integriertes akademisches Umfeld zur Bewältigung drängender globaler Herausforderungen wie Armut und Klimawandel erleichtern würde.

Den Handel erleichtern

Es ist klar, dass Großbritannien allein nicht mit den globalen Handelsgiganten – hauptsächlich China, den USA und dem EU-Block – in Afrika konkurrieren kann, aber das muss es auch nicht. Angesichts historisch-gewachsener, aber auch zwiespältiger Beziehungen Londons zum afrikanischen Kontinent gibt es nach wie vor erheblichen Einfluss und Spielraum für ein dortiges Engagement. Großbritannien könnte einen Präzedenzfall für förderlichere Handelsbeziehungen schaffen. Nach dem Brexit werden die Commonwealth-Länder London als Fürsprecher und Vermittler in den Verhandlungen mit der EU verlieren. Afrikanische Länder könnten sich jedoch in einer vorteilhaften Verhandlungsposition gegenüber Ländern befinden, die sich beim Wettlauf um Handel und Ressourcen gegenseitig zu übertrumpfen versuchen.

Ist es also für Großbritannien möglich, Beziehungen als Hauptinvestor in Afrika und als bedeutender Importeur afrikanischer Waren mit der Absicht zu nutzen, nach dem Brexit eine nachhaltige Entwicklung in die Handelspolitik einzubringen?

Während ihrer Zeit als Ministerin für internationale Entwicklung schlug Priti Patel, heute Innenministerin im Johnson-Kabinett, vor, dass London seine Entwicklungszusammenarbeit dazu nutzen könnte, Freihandelsabkommen mit afrikanischen Ländern zu vereinbaren, die einen verbesserten Marktzugang zu afrikanischen Märkten ermöglichen würden. Ein völlig anders gelagerter EZ-orientierter Ansatz wäre es jedoch, Entwicklungsländern in Afrika (und anderswo) einen einseitig verbesserten Marktzugang auf der Basis bisheriger EZ-Verfahren zu gewähren und somit die afrikanischen Landwirtschafts- und Fertigungssektoren sowie die klein- und mittelständischen Unternehmen des Kontinents zu unterstützen und auszubauen.

Insbesondere die Abschaffung starrer sog. Ursprungsregeln könnte für afrikanische Exporte von Vorteil sein. Die derzeitigen Regelungen der EU wirken sich indirekt auf Entwicklungsländer aus, indem sie eine Struktur aufrechterhalten, in der sogenannte Primärprodukte die Hauptexportgüter sind. Mehr Flexibilität in den Handelsbeziehungen würde sicherstellen, dass Zwischenprodukte auch durch regionale Zusammenarbeit geschaffen werden könnten, wobei der Großteil der Verarbeitung und somit der Wertschöpfung im Inland erfolgen sollte. Regionale Zusammenarbeit könnte in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen, da die Inkraftsetzung der Panafrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) im April 2019 einige Handelsbarrieren des innerafrikanischen Handels mit regional hergestellten und weiterverarbeiteten Gütern aufhebt. Eine Vereinfachung der Ursprungsregeln könnte daher die Ausfuhr von Produkten mit höherem Mehrwert ermöglichen und den Wert der Exporte für die Entwicklungsländer erhöhen. Für die gegenwärtige britische Regierung deckt sich diese Strategie auch mit Johnsons früherer Rhetorik über den Abbau der EU-Bürokratie.

Entwicklungszusammenarbeit neu definieren

Der Brexit könnte zwar als Gelegenheit gesehen werden, die Beziehungen zu Afrika neu zu beleben und ihnen ein neues Image zu verleihen, aber es könnte auch Vorbehalte dagegen geben. Dies gilt insbesondere bei Aussagen des amtierenden Premierministers, der allen Ernstes vorschlug, „das beste Schicksal für Afrika bestünde darin, wenn die alten Kolonialmächte oder ihre Bürger sich wieder in ihre Richtung aufmachen würden", und er wiederholt abwertende Formulierungen verwendet hat, um die Menschen und Länder des Kontinents zu beschreiben. Dieses zusammen mit Patels Äußerungen über die Hebelwirkung britischer EZ im „nationalen Interesse" legen nahe, den Ansatz der gegenwärtigen britischen Regierung als durch eine imperialistische Brille gesehen zu betrachten, da Afrika lediglich als eine Gelegenheit angesehen wird, das nach dem Brexit entstandene „Handelsloch" mit neuem Engagement in Afrika „zu stopfen", ohne eine Beziehung auf Augenhöhe anzustreben, die langfristig und für beide Seiten vorteilhaft wäre.

Um diese Beziehung neu zu definieren, müsste Großbritannien versuchen, einen neokolonialen Ansatz zu vermeiden – der die afrikanischen Partner weiter entfremden würde – und sich stattdessen für die Entwicklungsziele des Kontinents einsetzen. Britische EZ sollte auf den Aufbau von Kapazitäten in den Empfängerländern ausgerichtet sein und nicht als Hebel dafür dienen, Großbritannien als alleinigen Wohltäter dastehen zu lassen. Alternativ kann EZ ein Weg sein, Handelskapazitäten aufzubauen, was eine nachhaltigere und weniger ungleiche Beziehung stärken kann. Durch die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Betrieben kann die Regierung sicherstellen, dass die Länder von einem bevorzugten Marktzugang profitieren können.

Der Brexit bietet den afrikanischen Ländern die Möglichkeit, Handelsabkommen mit günstigeren Bedingungen neu auszuhandeln. Das AfCFTA, sich verändernde globale Dynamiken und die geschwächte Verhandlungsmacht Großbritanniens ohne den EU-Handelsblock haben die Position Afrikas in künftigen Verhandlungen gestärkt. Eine Steigerung der Handelsexporte durch präferenzielle Handelsabkommen kann dazu beitragen, die Entwicklung voranzutreiben und die Volkswirtschaften in Afrika zu stärken.

Ohnehin gibt es die Tendenz, die Handelsmacht und den Einfluss Großbritanniens in der gegenwärtigen internationalen Ordnung zu überschätzen. Dies gilt umso mehr, als London derzeit nicht über die institutionellen Kapazitäten zur Aushandlung von Handelsabkommen verfügt, weil dies bisher nicht notwendig war. Großbritannien wird nunmehr als sog. Mittelmacht in das globale Handelssystem eintreten. Jedoch in einem internationalen System, das ganz anders aussieht als bei seinem Austritt in den 1970er-Jahren. Um effektive Beziehungen in dieser neuen globalen Ordnung zu schaffen, ist es entscheidend, dass Großbritannien seine Beziehungen zum afrikanischen Kontinent neu bewertet und seinen Platz im globalen System anerkennt.

Emily Yeates

Die Autorin ist Masterstudentin in Public Administration an der University of York. Ihre Schwerpunktinteressen sind öffentliche Ordnung, internationale Beziehungen und regionale Entwicklungspolitik in Großbritannien.

Ihr Artikel erschien am 24.9.2019 auf dem Blog LSE – Firoz Lalji Centre for Africa:
https://blogs.lse.ac.uk/africaatlse/2019/09/24/global-britain-and-africa-beyond-brexit/



Antikolonialer Protest gegen ein Denkmal für König Leopold von Belgien, der die heutige DRC als Privatbesitz hielt. Foto: Tadzo2 / Dreamstime.com

Rückläufige Hilfsgelder, Migrationsabwehr und Forderungen nach Entschädigung

SEIT 2010 IST BELGIENS ENTWICKLUNGSHILFE STARK RÜCKLÄUFIG. Sie konzentriert sich hauptsächlich auf die ehemaligen Kolonien in Zentralafrika und die Sahelländer. In Zusammenhang mit der EZ werden Forderungen nach Wiedergutmachung für die Verbrechen aus der Kolonialisierung laut. Die Chancen auf eine Antwort sind allerdings gering.

Seit 2010 ist die ausländische Entwicklungszusammenarbeit (EZ) Belgiens um 14,2 Prozent zurückgegangen, von 2,26 Mrd. Euro auf 1,94 Mrd. Euro im Jahr 2019. In der Zwischenzeit hat sich die Kluft zwischen Belgiens EZ und der Selbstverpflichtung der EU in Höhe von 0,7 Prozent des BIP vergrößert. Während die EZ im Jahr 2010 noch 0,64 Prozent des BIP ausmachte, betrug die Quote im Jahr 2019 nur 0,42 Prozent. Darüber hinaus ist der Anteil an der öffentlichen Hilfe, der vom Amt für Entwicklungszusammenarbeit unter dem Dach des Außenministeriums und der Entwicklungszusammenarbeit verwaltet wird, von 68 Prozent im Jahr 2000 auf 56 Prozent im Jahr 2016 zurückgegangen, während der Anteil der Hilfsleistungen über multilaterale Kanäle wie den Europäischen Entwicklungsfonds, die Weltbank und die UN-Organisationen proportional dazu zugenommen hat.

Ex-Kolonien und Sahelzone als Hauptempfängerländer

Geografisch gesehen sind die ehemaligen Kolonien, die Demokratische Republik Kongo, Ruanda sowie Burundi, die Hauptbegünstigten der Programme von Enabel, der belgischen EZ-Organisation, geblieben. An sie flossen 2019 50 Prozent der Gelder, gegenüber 32 Prozent an die nordafrikanischen und westafrikanischen Länder, den Hauptherkunftsländern Afrikas für die Immigration in die EU. Seit 1999 ist die Zahl der Empfängerländer von 25 auf heute 14

geschrumpft, dabei handelt es sich mit Ausnahme von Palästina bei allen um fragile afrikanische Staaten. Neben den drei ehemaligen belgischen Kolonien umfasst die Liste sechs westafrikanische Länder (Benin, Burkina Faso, Guinea, Mali, Niger und Senegal), dazu Mosambik, Uganda, Tansania und Marokko. Weitere bilaterale Programme werden in drei weiteren westafrikanischen Ländern (Gambia, Guinea-Bissau und Mauretanien) und in der Zentralafrikanischen Republik durchgeführt.

EZ im Dienst der Migrationseindämmung

Dieser Trend veranlasste die belgische NGO-Koalition CNCD, das französischsprachige „Centre national pour la coopération au développement", in einem im vergangenen Jahr veröffentlichten Bericht zu der Kritik, dass die belgische EZ zunehmend in den Dienst von Belgiens Politik zur Eindämmung der Migration gestellt wurde. Diese Analyse wird von Michaël Museur geteilt. Der Major stellte in einem Vortrag vor dem belgischen Verteidigungskolleg fest, dass die Migrationsströme und der internationale Terrorismus in der politischen Debatte, die die Politik der belgischen Regierung beeinflusst, einen vorrangigen Platz einnehmen.

Im Übrigen weist der CNCD-Bericht darauf hin, dass Belgien selbst noch vor der DR Kongo der größte Empfänger belgischer EZ ist, da es der Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD den Mitgliedsländern 2015 gestattet hat, die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern als EZ zu verbuchen. 2018 entsprach diese Zahl 11 Prozent der gesamten belgischen EZ.

Die geografischen EZ-Prioritäten Belgiens decken sich mit denen des Verteidigungsministeriums, was nicht weiter verwundert, da Außenminister Philippe Goffin, dem das Direktorium für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe untersteht, auch Verteidigungsminister ist.

Militärische Zusammenarbeit

Traditionell unterhält Belgien eine militärische Zusammenarbeit mit der Demokratischen Republik Kongo. Nach einer Unterbrechung im April 2017, die vom damaligen kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila beschlossen wurde, der wegen Belgiens Missbilligung der Verzögerungen beim Ablauf der Präsidentschaftswahlen, die schließlich am 30. Dezember 2018 stattfanden, verärgert war, nimmt Belgien seine Zusammenarbeit nach und nach wieder auf. Konkret wird die Entsendung von Ausbildern an eine kongolesische Militärakademie und die Entsendung eines Obersts zur Beratung des Generalstabschefs der Armee erwogen.

In den letzten Jahren hat Belgien seine Militärkooperation auch mit anderen Ländern ausgebaut. In Nordafrika nahm es im Rahmen des Kampfes gegen den dschihadistischen Terrorismus ein Programm zum Austausch von Fachwissen mit den algerischen Spezialeinheiten und der Luftwaffe auf. Im gleichen Rahmen bildet das belgische Militär tunesische Scharfschützen, Marinekommandos und Spezialisten für den Umgang mit Militärhunden aus und arbeitet mit der Militärpolizei des Landes zusammen.

In Westafrika ist Belgien in mehreren Ländern beim Kampf gegen die dschihadistische Bedrohung beteiligt. Im Norden Benins helfen 15 belgische Militärs bei der Kontrolle der Zirkulation auf den Flüssen des Gebiets. Brüssel sorgt auch für den Aufbau maritimer Kapazitäten, einschließlich der Ausbildung von Marinekommandos. Belgische Ausbilder unterrichten zudem an den Militärakademien von Mauretanien, Burkina Faso, Niger, Mali, der Elfenbeinküste und Benin, aber auch in Kongo-Brazzaville.

Niger ist wahrscheinlich das Land, in dem das belgische Militär derzeit am stärksten involviert ist. Es hat dort 70 Soldaten im Rahmen der Anti-Terror-Operation „New Nero" stationiert. Einer der Aspekte ist die logistische Unterstützung der nigrischen Armee durch die Ausbildung ihrer Truppen in Bereichen wie mechanische Wartung, Kommunikation usw. Das belgische Verteidigungsministerium plant auch, die operative Kapazität der Armee von Burkina Faso zu erhöhen, die wie die Armee von Niger in den letzten Monaten schwere Verluste erlitten hat. Zu diesem Zweck baut es in Pô ein regionales Zentrum für die Ausbildung von Kommandos auf. Außerdem bietet es der mauretanischen Armee im Rahmen eines vom U.S. Africom geleiteten Programms Ausbildungskurse an. Darüber hinaus richtet Belgien auch ein Programm zur Unterstützung der sambischen Blauhelme ein.

Mehr erreichen mit weniger Geld?

Ansonsten wird die belgische EZ-Politik laut der Allgemeinen Grundsatzerklärung zur internationalen Entwicklung, die der Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Alexander De Croo, am 19. Oktober 2018 vorgelegt hat, im Rahmen der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030 umgesetzt. Sie definiert als Priorität die Rechte der Frauen und die Maximierung der Finanzmittel für die Entwicklungseffizienz, um die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, selbst mehr Einnahmen zu erzielen. Um der Verpflichtung der Addis-Steuer-Initiative nachzukommen, sagte die belgische EZ-Organisation Enabel gleichzeitig zu, für ihre Aktivitäten in den Empfängerländern keine Steuerbefreiungen mehr anzustreben. In den Augen des in London ansässigen Overseas Development Institute ist Belgien neben den skandinavischen Ländern und den Niederlanden einer der effizientesten bilateralen Partner im Kampf gegen die Armut.

Um die Effizienz der EZ zu verbessern und ihre Streuung zu verringern, hat Enabel die Zahl der nichtstaatlichen Akteure von 105 und 85 verringert und die Anzahl der Programme 2017 um die Hälfte auf 60 reduziert. Belgien ist auch dem Humanitarian Impact Bond zwischen privaten Investoren, Gebern und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz

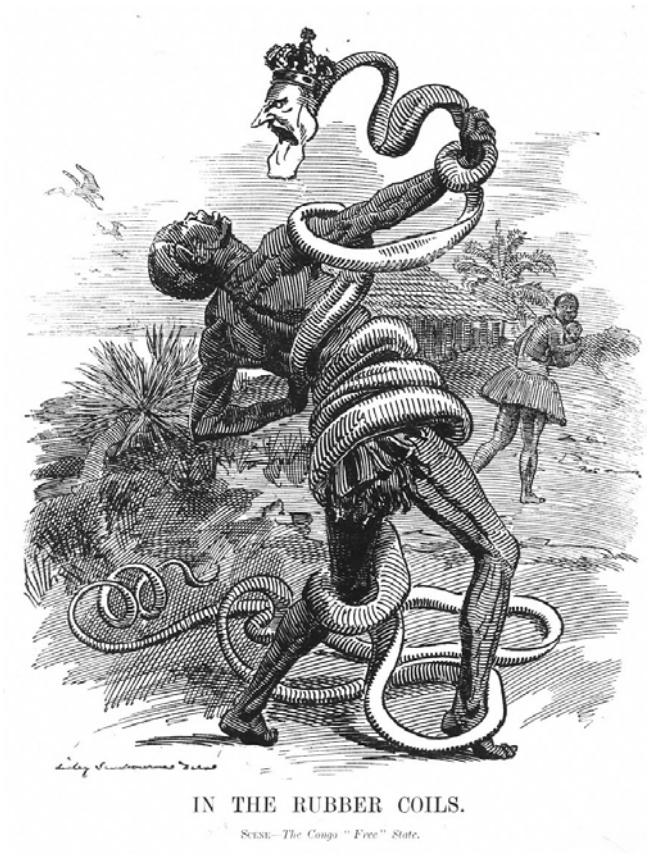
beigetreten, was bedeutet, dass der belgische Staat private Investitionen zurückerstattet, wenn die Ziele in Mali, der DR Kongo und Nigeria erreicht werden.

Eine jüngste Neuerung war die Öffnung des Kapitals der Société Belge d'Investissement, kurz BIO, die zinsgünstige Darlehensprojekte in Entwicklungsländern für privatwirtschaftliche Unternehmen finanziert, die nicht nur Gewinn anstreben, sondern auch soziale und ökologische Anliegen haben. Enabel ist auch eine Partnerschaft mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung und dem in Antwerpen ansässigen Institut für Tropenmedizin eingegangen, um die Schlafkrankheit in Zentralafrika auszurotten.

Weitere neue Trends sind die Senkung der Überweisungskosten und Belgiens Bestreben, zu einem Vorreiter der Digital for Development (D4D)-Politik zu werden.

Weniger Mittel für Ernährungssicherheit

Doch der Anspruch, „mehr mit weniger" Mitteln zu erreichen, hat bei NGOs Kritik ausgelöst. Nach Angaben des CNCD haben sich die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung des zweiten Nachhaltigkeitsziels „Null Hunger" für 2030 verlangsamt. Tatsächlich sind die Mittel für Ernährungssicherheit und Landwirtschaft von 211,9 Mio. Euro im Jahr 2015 auf 174,7 Mio. Euro im Jahr 2018 zurückgegangen. Ganz allgemein beklagen die belgischen NGOs, über die etwa 22 Prozent der belgischen EZ fließen, eine Kürzung ihrer Mittel um 20 Prozent gegenüber 2016.



Satirische Darstellung der belgischen Kolonialherrschaft in der britischen Zeitschrift „Punch" (1906): Eine Schlange mit dem Kopf König Leopolds erwürgt einen zwangsrekrutierten Kautschuksammler.

Das wachsende Engagement des Privatsektors hat nicht immer zu positiven Ergebnissen geführt. Dies zeigt sich im Fall der Palmölplantagen der Firma Feronia in der DR Kongo, die durch BIO-Invest finanziert werden. Dort stehen Vorwürfe von Landraub an den lokalen Bauern und schlechter Löhne für die Arbeiter bei unzureichender Rücksprache mit lokalen Gemeinschaften im Raum.

BIO-Invest stand im Mittelpunkt einer weitere Kontroverse, als die belgische Presse 2012 enthüllte, dass es 150 Millionen Euro für sogenannte Entwicklungsländer über Offshore-Finanzzentren investierte, die als undurchsichtige Steuersümpfe gelten, wie bspw. Mauritius, die Bahamas, die Kaimaninseln und Guernsey.

Das CNCD kritisiert auch die mangelnde Kohärenz der belgischen EZ zwischen ihren Verpflichtungen zur Unterstützung der Ernährungssicherheit und der gleichzeitigen Koexistenz einer Energiepolitik, die darin besteht, den Anteil von Biokraftstoffen der ersten Generation auf bis zu sieben Prozent des Gesamtverbrauchs zu erhöhen, einschließlich importierter Produkte.

Gleichzeitig betrachten EZ-Experten den königlichen Erlass 2016 als positives Element. Er sieht vor, dass das belgische Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit fortan die Regierung gemeinsam mit dem Außenministerium in den Sitzungen der Weltbank vertritt. Damit soll auf einen stärker entwicklungsorientierten Ansatz dieser Institution eingewirkt werden.

Schwierige Beziehungen zu DR Kongo und Burundi

Belgiens Beziehung zu Afrika, einschließlich seiner EZ, ist mit zwei weiteren Problemen konfrontiert: Das schwierige Verhältnis zur DR Kongo hat die Umsetzung von Projekten in der ehemaligen Kolonie immer wieder gestört oder verzögert. Der Kongo bleibt auch im Jahr 2018 mit 103,89 Mio. Euro im gleichen Umfang Netto-Empfänger belgischer EZ-Gelder, wobei der Schwerpunkt auf Landwirtschaft, ländlicher Entwicklung, Ausbildung und Gesundheit liegt.

Noch schwieriger gestaltet sich die Umsetzung von Kooperationsprogrammen in Burundi, dem traditionell zweitgrößten Empfänger belgischer EZ, das bis April 2015 durchschnittlich 45 Mio. Euro pro Jahr erhielt. Belgien sah sich nach der brutalen Unterdrückung der Opposition und den Verfolgungen, die zum Tod von 3.000 Menschen und zur Vertreibung von 400.000 Flüchtlingen führten, veranlasst, die Zusammenarbeit mit der burundischen Polizei und anderen Regierungsprogrammen auf Eis zu legen. Die Proteste richteten sich damals gegen den Plan des inzwischen verstorbenen Präsidenten Pierre Nkurunziza, unter Verletzung des Friedensabkommens von Arusha und der Verfassung für eine dritte Amtszeit zu kandidieren.

Verzwickte Frage nach finanzieller Entschädigung für Kolonialverbrechen

Die Beziehungen zu Burundi dürften sich in nächster Zeit kaum verbessern. Am 15. August 2020 legte eine vom burundischen Senat eingesetzte Gruppe von Historikern und Anthropologinnen der Universität Burundi einen Bericht vor, in dem von Deutschland und Belgien 36 Milliarden Euro als Wiedergutmachung für die Schäden gefordert werden, die dem Land während der Kolonialisierung zwischen 1896 und 1962 zugefügt wurden. Die burundischen Experten schätzten, dass ihr Land neben der von den Kolonisatoren begangenen Gewalt besonders unter der Einteilung seiner Bevölkerung in drei verschiedene ethnische Gruppen – Hutu, Tutsi und Twa – litt, die die belgische Verwaltung 1931 vornahm. Dementsprechend war diese „Ethnisierung" die Hauptursache für die Tragödien, die auf die Unabhängigkeit 1962 folgten, darunter Massaker, Flucht und Bürgerkriege. Darüber hinaus forderten die Experten die Rückgabe von Archiven und Kulturgütern durch die ehemaligen Kolonialherren an Burundi.

Auch ein UN-Expertenteam fordert in einem im Februar diesen Jahres vorgelegten Bericht über die Schäden, die den afrikanischen Nachkommen in Belgien entstanden sind, Entschädigungsleistungen für die Verbrechen, die während der Kolonialzeit im ehemaligen Belgisch-Kongo und zuvor im Kongo-Freistaat von König Leopold II. begangen wurden. Das UN-Team bezeichnete diese Verbrechen als eines der schlimmsten Beispiele für kolonialen Missbrauch und forderte Belgien auf, sich bei der kongolesischen Bevölkerung für die unter der Kolonialherrschaft begangenen Gräueltaten zu entschuldigen. Außerdem forderte es die Einsetzung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission.

Ähnliche Forderungen wurden in Belgien nach dem Mord am schwarzen US-Bürger George Floyd durch einen weißen Polizisten in Minneapolis (Minnesota) wieder laut. Das hatte eine neue Protestwelle nicht nur gegen die Brutalität der US-amerikanischen Polizei gegen die Schwarzen, sondern auch gegen die Hauptfiguren des Sklavenhandels und der Kolonialisierung Afrikas ausgelöst. Während dieser Zeit wurden in Belgien zahlreiche Statuen von König Leopold II. demoliert. Anlässlich des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit des Kongo am 30. Juni 1960 drückte König Philippe sein tiefes Bedauern aus.

Die Reaktionen waren gemischt. Die kongolesische Außenministerin Marie Tumba Nzeza lobte die Haltung des belgischen Königs und sagte, sie könne den Beginn eines „tiefen Wandels" in den bilateralen Beziehungen markieren. Der Oppositionsführer Martin Fayulu, der als eigentlicher Gewinner der Präsidentschaftswahlen 2018 gilt, bedauerte, dass sich der König nicht entschuldigt habe. Der Großneffe von Premierminister Patrice Lumbumba, Jean-Jacques Lumumba, bedauerte, dass König Philippe die Rolle Belgiens bei der Ermordung seines Großonkels, des Helden der kongolesischen Unabhängigkeit, nicht erwähnt habe, obwohl eine Untersuchungskommission des belgischen Parlaments 2001 die moralische Verantwortung einiger belgischer Regierungsbeamter für die Ermordung Lumumbas eingeräumt hatte.

Jedenfalls ließ die Kontroverse die Debatte über die vertrackte Frage der Entschädigung wieder aufleben. Die Organisation Human Rights Watch mit Sitz in den USA erinnerte daran, dass Zwangsarbeit, Ausbeutung und Segregation heute als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet werden, und forderte finanzielle Entschädigungen.

Bisher haben weder die Regierung in Kinshasa noch Ruanda, das dritte von Belgien kolonisierte Land, Entschädigungen gefordert. Das Problem könnte jedoch durch die Arbeit einer außerordentlichen Expertenkommission zur belgischen Kolonisierung wieder auftauchen, die im Juni 2020 eingesetzt wurde, um dem belgischen Parlament Empfehlungen zu unterbreiten. Den Erwartungen nach dürfte die Kommission vorschlagen, sich bei der ehemals kolonisierten Bevölkerung zu entschuldigen sowie die Möglichkeit zur Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission und vielleicht einer Art Entschädigung zu prüfen.

Aber ein Konsens dürfte schwer zu erreichen sein. In den Reihen der Kommission gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen Experten, Mitgliedern der afrikanischen Diaspora und Versöhnungsspezialisten. Darüber hinaus sind die Vertreter der Überlebenden des Tutsi-Völkermords von 1994 empört über die Anwesenheit eines Vertreters des Vereins Jambo, den sie für revisionistisch halten. Zudem kritisieren 59 belgische und kongolesische Historikerinnen und Historiker in einem offenen Brief vom 18. August die Methodik und argumentieren, dass es Historikern erlaubt sein sollte, zunächst die Fakten zu ermitteln. Mitglieder der Diaspora, Vertreterinnen der gesellschaftlichen Gruppen oder Politiker sollten erst danach über die politischen Schlussfolgerungen debattieren, die aus der dann vorliegenden Analyse zu ziehen seien.

Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nach Covid-19, die die ohnehin rückläufige Entwicklungsfinanzierung verschlechtern dürfte, sind Zweifel angebracht, ob die belgischen Behörden bereit sind, finanziellen Ausgleichszahlungen an die ehemaligen Kolonien zuzustimmen.

François Misser

Der Autor ist in Brüssel ansässiger Experte für Zentralafrika und Korrespondent für verschiedene Zeitungen.



UN-Sicherheitsrat. Foto: UN PHOTO/Eskinder Debebe

Die Herrschaft der westlichen Welt ist zu Ende

INTERVIEW MIT DEM POLITOLOGEN KISHORE MAHBUBANI. 200 Jahre haben die westlichen Länder die Welt zur bisher erfolgreichsten Zivilisation geformt. Nun geht unsere Dominanz zu Ende, sagt der Politologe Kishore Mahbubani. Der Osten mit China an der Spitze übernimmt die Macht. Das Interview mit Mahbubani führte Gordana Mijuk, London, 2018 für die NZZ. Seine Kernaussagen sind zwei Jahre später aktueller denn je.

NZZ am Sonntag: Der Westen ist im Niedergang. Das ist die These Ihres neuen Buches. Wie kommen Sie darauf?

Kishore Mahbubani: Der Westen hat das Vertrauen in die Zukunft verloren, das Vertrauen, dass das Leben morgen besser wird. Nie waren Menschen in westlichen Ländern so pessimistisch. Im Rest der Welt macht sich dagegen Optimismus breit. Hier glauben neuerdings Milliarden von Menschen, dass ihr eigenes und das Leben ihrer Kinder besser sein wird als das der Eltern. Da ist eine psychologische Revolution im Gange. Eine Umfrage von 2017 zeigt: In alten Industrienationen glauben nur 36 Prozent der Millennials, also der 20- bis 35-Jährigen, dass die Zukunft für sie besser wird. In aufstrebenden Ländern liegt dieser Anteil bei 71 Prozent. Das ändert alles.

Sie stützen Ihre Untergangs-These auf die Psychologie ab?

Nicht nur. Schauen Sie folgende Statistik an. 1980 sorgten die USA noch für einen Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung, Chinas Anteil lag bei 2,2 Prozent. 2017 hat China die USA überflügelt. Amerika ist nicht in absoluten Zahlen geschrumpft, aber im Verhältnis zum globalen wirtschaftlichen Output. Der Westen hat lange Jahre die Welt geformt, und sie zur erfolgreichsten Zivilisation gemacht. Ihm verdanken wir die Renaissance, die Aufklärung, die wissenschaftliche Methode. Aber diese Ära geht nun zu Ende. Noch hat keine westliche öffentliche Persönlichkeit den Mut gehabt, dies auszusprechen.

Wann hätten wir im Westen merken müssen, dass seine Dominanz zu Ende geht?

Die Terroranschläge in den USA von 2001 wurden von Intellektuellen und Politikern als wichtigstes Ereignis des Jahres behandelt. Dabei übersahen die USA und Europa, dass das bedeutendste Ereignis in ebendiesem Jahr der Beitritt der Chinesen zur Welthandelsorganisation war. Dieser Beitritt führte rückblickend zu einem weit größeren Erdbeben als die Anschläge. Er führte zur enormen Zerstörung von Stellen im Westen und leitete den Aufstieg des Ostens ein. Die alte Elite war blind dafür. Doch die einfache Bevölkerung spürte diese Umwälzungen am eigenen Leib, im Arbeitsmarkt. Der Niedergang erklärt auch Ereignisse wie die Wahl von Trump und den Brexit in Europa.

Und wieso hat man das nicht kommen sehen?

Westliche Intellektuelle haben in vieler Hinsicht versagt. Sie haben sich nach dem Ende des Kalten Krieges in den Essay von Francis Fukuyama verliebt, der besagt, dass mit der westlichen liberalen Demokratie das Modell für alle Ewigkeit gefunden wurde und damit das Ende der Ideologie-Geschichte erreicht ist. Fukuyamas Essay war eine Art Opiat für das westliche Denken. Der Westen setzte sich danach in den Schlafwagen. Er merkte nicht, dass zwei Riesen gerade erwachten: China und Indien.

Der Westen mag wirtschaftlich schwächeln. Doch er dominiert weiter die Popkultur. Filmstars sind weiß und Kultprodukte werden im Silicon Valley erfunden. Ändert sich das auch?

Die amerikanische Softpower ist tatsächlich noch immer die globale Nummer 1. Auch Europa wird sehr verehrt. Dennoch ist die Zeit, in der der Westen das Monopol in diesem Bereich hatte, vorüber. Bollywood aus Indien ist in der ganzen Welt erfolgreich. Auch in unterschiedlichen Ländern wie Kuba oder Marokko. Und die koreanische Welle, also die zeitgenössische südkoreanische Popkultur, hat nicht nur ganz Asien getroffen, sondern auch Indien, den Mittleren Osten, Nordafrika und Südamerika. Eine kosmopolitische Welt ist eine bessere als die heutige.

Wie erklären Sie sich denn den Fortschritt des Ostens?

Gerade im asiatischen Raum haben unmerkliche Revolutionen stattgefunden, die auf Erkenntnissen des Westens basieren. Für tausend Jahre waren die asiatischen Gesellschaften tief feudalistisch geprägt. Gewaltherrscher regierten, und das Schicksal einer Person war von Geburt an bestimmt. Da gab es kein Entrinnen. Der Aufstand gegen dieses Denken im 20. Jahrhundert war enorm befreiend. Die einstigen Despoten erkannten, dass sie verantwortlich sind für ihr Volk.

Zum Beispiel?

Der chinesische Führer Mao Zedong war noch der traditionelle Herrscher, dessen Erlasse viel Leid in der Bevölkerung verursachten. Deng Xiaoping war der erste, der realisierte, dass er für sein Volk verantwortlich ist und das Leben der Menschen verbessern muss. Er bildete das Volk aus, öffnete den Chinesen die Welt. Das hat die Gesellschaft komplett verändert. Auch Herrscher in Burma, Bangladesh oder Pakistan wissen heute, dass sie eine Verantwortung tragen für die Bevölkerung.

Diese Länder sind weit weg von einer Demokratie.

Der Westen glaubt immer, Fortschritt sei nur möglich in einer Demokratie. China widerlegt die These. Interessant ist, dass just jetzt die demokratischen Prozesse die USA und Großbritannien tief polarisieren und vor eine Zerreißprobe stellen. Der Westen sollte sich fragen, wie seine Demokratie auf einen falschen Pfad gelangt ist.

Was wird denn jetzt passieren, wenn China die globale Vormachtstellung übernimmt?

Der Westen muss als Erstes seine Macht mit dem Rest der Welt teilen. Bisher war es zum Beispiel Usus, dass der Chef des IWF immer ein Europäer war und jener der Weltbank ein Amerikaner. Das mag in einer Welt, als der Westen mehr als 50 Prozent der Wirtschaftsleistung erbrachte, angebracht gewesen sein. Doch nicht, wenn die aufstrebenden Länder unter dem Strich mehr Leistung erbringen als der Westen. Wenn Indien bis 2020 nicht im Uno-Sicherheitsrat wäre, aber dafür Frankreich und Großbritannien, wäre das absurd.

Europa und die USA trauen den Chinesen nicht recht. Sie sind bedrohlich.

In westlichen Köpfen steckt der Mythos der gelben Gefahr. Die Angst vor den gelben Völkern, die den Westen überrennen, wie einst die Mongolen. Die Angst ist Hunderte Jahre alt. Der Westen sollte sich langsam davon lösen.

Die Skepsis hat mit unterschiedlichen Werten zu tun. Wir glauben an Demokratie, Freiheiten, Menschenrechte.

Als ich 1980 nach China reiste, hatten die Chinesen alle die gleichen Kleider an, maoistische Anzüge. Sie hatten kein Recht, anzuziehen, was sie wollten; sie konnten nicht lernen, was sie wollten; sie konnten nicht arbeiten, was sie wollten; sie konnten nicht reisen. Heute tragen die Chinesen, was sie wollen. Und 120 Millionen Chinesen reisen rund um die Welt – und kehren wieder in ihre Heimat zurück. Es muss also genug Freiheiten geben in China, dass man dort glücklich leben kann. Sogar die Mehrheit der Gelehrten, die an Universitäten in den USA, im Land der Freiheit, studieren und lehren, geht zurück nach China. Wir müssen China respektieren, so wie es ist.

Wie würde denn eine Weltordnung aussehen, in der China und Indien die Supermächte sind?

China und Indien wollen die gegenwärtige Ordnung nicht umstürzen. Aber wenn sie nicht mehr Einfluss erhalten in den Institutionen, werden sie wohl eigene aufbauen. Ich hoffe, der Westen wird dem Rest der Welt erlauben, die Welt mitzugestalten. Gleichzeitig müssen die globalen multilateralen Institutionen gestärkt werden, nicht geschwächt. Aber genau das machen die Amerikaner.

Sie sprechen von der Uno?

Die Uno ist schwach. Und weshalb? Ich war jahrelang Uno-Botschafter für Singapur. Während dieser Zeit waren sich die USA und Russland stets uneinig. Gleicher Meinung waren sie aber im Wunsch, die Uno zu unterminieren. Deshalb wählten sie immer schwache Generalsekretäre aus. Die einzige Ausnahme war die Wahl von Antonio Guterres. John Bolton, der neue Nationale Sicherheitsberater von Donald Trump, findet, die Uno sollte abgeschafft werden. Das Schlimme daran ist, dass ihm niemand widerspricht.

Wenn China die USA als Supermacht ablöst, geht es wohl auch um militärische Macht.

China hat kein Interesse, die Welt zu erobern. Das Land wird sich davor hüten, die globale Ordnung zu destabilisie-

ren. Viele fürchten sich derzeit vor einem Krieg im Südchinesischen Meer oder vor einem Konflikt zwischen China und Japan. Aber es wird keinen Krieg geben. Das wäre für die Chinesen ein großer Rückschlag. China will weiter wachsen.

Und wieso rüstet China denn so stark auf?

China hat die Militärausgaben beachtlich gesteigert, so wie es sein Bruttoinlandsprodukt beachtlich gesteigert hat. Die Amerikaner werfen den Chinesen vor, sie würden die Uno-See-Konvention im Südchinesischen Meer brechen. Das mag zwar stimmen. Aber die Amerikaner haben diese Konvention ja nicht einmal ratifiziert. Man kann den Chinesen nicht vorschreiben, einem Richter zu gehorchen, den man selbst nicht anerkennt. Die USA haben stets den politischen Alleingang zelebriert. Dabei widerspricht das ihren eigenen langfristigen Interessen. Die Chinesen fokussieren auf die Wirtschaft. An ausländischen Interventionen sind sie nicht interessiert.

Eben diese ausländischen Interventionen etwa der USA kritisieren Sie scharf.

Ja, mit dem Einmarsch in den Irak 2003 etwa haben der Westen und insbesondere die USA ihren Hochmut und ihre Inkompetenz gezeigt. Sie eroberten Irak als Rache für die Terrorattacke von Osama bin Ladin. Doch das war nicht die einzige Sünde. Der Westen hat in der islamischen Welt in den letzten zwei Jahrhunderten Ungeheuerliches angerichtet. Diese Historie wird auch die nächsten 200 Jahre zwischen dem Islam und dem Westen prägen. Der Nahe Osten muss sein Schicksal aber selber in die Hand nehmen.

Die USA hielten sich in den letzten sieben Jahren im Syrienkrieg ziemlich zurück. Doch dadurch entstand ein Vakuum, das von neuen Akteuren wie Russland, Iran und der Türkei gefüllt wurde. Das Chaos ist riesig.

Es gibt Regionen, die muss man sich selber überlassen. Südostasien war genau so eine Unruheregion. Vietnam etwa oder Kambodscha mit den Roten Khmer. Pol Pot tötete mehr Menschen als das Asad-Regime in Syrien. Damals glaubte man, die Region sei hoffnungslos. Doch die Region fand selbst aus dem Schlamassel, und heute ist Südostasien befriedet.

US-Präsident Donald Trump will sich aus ausländischen Abenteuern zurückziehen. Liegt er also richtig?

Er weiß, dass das amerikanische Volk keine Soldaten mehr schicken will. Ich teile Trumps America-First-Strategie. Aber der Alleingang ist nicht die Lösung, sondern Kollaboration. Amerika muss auch unter Trump ein Interesse an einer stabilen Ordnung haben.

Der Westen wirkt in dieser neuen Weltordnung auch ängstlich. Autoritären Staaten wie Russland kann er kaum Paroli bieten. Wladimir Putin kann schalten und walten, wie er will. Der Westen tut wenig. Weshalb?

Der Westen macht einen fundamentalen Fehler in seinem Verständnis von Russland: Er schaut nur auf Russlands Verhalten, seit Putin gewählt und an der Macht ist. Er sieht jedoch nicht, was für Ressentiments und was für eine Wut der Westen in der russischen Bevölkerung verursacht hat. Putin ist so populär, eben weil er diesem aggressiven Westen die Stirn bietet.

Er hat einen Teil eines anderen Landes annektiert und Völkerrecht gebrochen. Russland ist nicht nur ein Unschuldslamm.

Dass die Osteuropäer vor Russland Angst haben, ist nachvollziehbar. Aber ein Russland, das in der westlichen Ordnung integriert ist, ist viel stabiler als ein ausgeschlossenes Russland. Putins strategischer Albtraum ist nicht länger Napoleons oder Hitlers Armee. Es gibt keine Gefahr, dass deutsche Panzer nach Russland steuern. Europas langfristige Herausforderung ist China. Russland wird von sich aus näher nach Europa rücken. Deshalb sollte der Westen ein neues Verhältnis zu Putin finden. Er wird Kompromisse machen müssen und der Westen auch. Leider ist den westlichen Politikern diese Fähigkeit etwas abhanden gekommen.

Was ist die Rolle Europas in dieser neuen Welt?

Die Europäer müssen die Bündnisse zu verschiedenen Partnern stärken und sich gegen die Amerikaner auflehnen, etwa beim Nuklear-Deal mit Iran. Das Abkommen ist nicht perfekt, aber gut. Und Iran hält sich an die abgemachten Bedingungen. Eine Aufkündigung vonseiten der USA wäre dumm. Wieso sollte Nordkoreas Kim Jong Un künftig Abmachungen mit Amerika unterzeichnen, wenn er weiß, dass sich das Land nach kurzer Zeit davon distanziert?

Ist die EU stark genug, um sich von der USA zu emanzipieren?

Die EU muss endlich einsehen, dass sie andere Interessen hat als Amerika. In der Geopolitik geht es vor allem um Geografie. Die größte Herausforderung für die USA ist China. Jene für Europa ist Afrika. Afrikas Bevölkerung war 1950 halb so groß wie jene von Europa. 2100 wird Afrika eine zehnmal größere Bevölkerung haben als Europa. Wenn dieser Kontinent wirtschaftlich nicht wächst, hat dies fatale Auswirkungen auf Europa. Denken wir nur an die Flüchtlingsströme. Deshalb sollte Europa in Afrika mit jenem Land zusammenarbeiten, das dort investiert. Und das ist China.

Kishore Mahbubani, 1948 in Singapur geboren, lehrt Politologie an der National University in Singapur. Der indischstämmige Experte für Asien und Weltpolitik war über 30 Jahre lang Diplomat für Singapur. 2018 erschien sein Buch „Has the West Lost It? A provocation" (Penguin Books), sein jüngstes Werk trägt den Titel „Has China won? The Chinese challenge to American primacy", PublicAffairs, New York 2020.

Das Interview entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung vom 21.4.2018
https://nzzas.nzz.ch/hintergrund/die-herrschaft-der-westlichen-welt-ist-zu-ende-ld.1379558



Die deutsche Korvette SMS OLGA bei der Beschießung von Hickorytown (heute Duala), Kamerun, am 21. Dezember 1884

Wider koloniale Amnesie

HERAUSFORDERUNGEN (NICHT NUR) DEUTSCHER DEKOLONISIERUNG. Über 100 Jahre nach dem Ende deutscher Kolonialherrschaft sind koloniale Ideologien weiter integraler gesellschaftlicher Bestandteil. Das Engagement zivilgesellschaftlicher postkolonialer Initiativen stößt neben Zustimmung auch auf vehemente Abwehr. Von einer Dekolonisierung sind dominante Weltanschauungen noch weit entfernt.

Der britische Historiker David Andress stuft die heutigen Großmachtallüren und die Geschichtsverdrängung in Großbritannien, Frankreich und den USA in Zeiten des reaktionären nationalistischen Populismus als kulturelle Demenz ein. Diese habe Formen des Vergessens, der Fehlerinnerung und des Missverstehens der Vergangenheit. Es handelt sich ihm zufolge weder um eine besondere Form von Nostalgie, noch um Amnesie. Den Dementen bleibt es verwehrt, um den Verlust ihrer Erinnerungen zu wissen. Unter Verweis auf die Vergangenheitsbewältigung mit Bezug auf den Holocaust nimmt er Deutschland explizit von dieser Diagnose aus. Den Umgang mit dem deutschen Kolonialismus hat er nicht im Blickfeld. Zwar wäre es falsch, deutsche koloniale Geschichtsklitterung als Demenz zu charakterisieren. Was Andress für die drei Staaten seiner Analyse beschreibt, trifft aber auch auf Deutschlands Umgang mit der kolonialen Vergangenheit zu: Dieser verdrängt die eigentliche Geschichte sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung. Die „patriotische" Identität umgarnt Menschen mit einem Selbstverständnis zum Nachteil der Nicht-Dazu-Gehörigen. Sie basiert auf einem rassisch – und in seiner Konsequenz rassistisch – geprägten Entwicklungspfad und -verständnis.

Mythos Entwicklung und Fortschritt

Entwicklung und Fortschritt bleiben in diesem Verständnisrepertoire zentrale Begrifflichkeiten, die seit dem Zeitalter der Aufklärung mit einer ideologisch verbrämten Hierarchisierung von Menschen und deren Gesellschaften zu tun haben. Dies fördert eine Wertigkeit, die mit der Herabstufung Anderer einher geht. Als Mittelpunkt der Zivilisation und einer allein erstrebenswerten Daseinsform gelten die westlich-industriellen Produktions- und Lebensweisen. Der solch kolonialem Blick inhärente Rassismus und die davon motivierten Gewaltorgien bedürfen weder in der deutschen noch in jeder anderen Kolonialgeschichte kaum großer Anstrengungen zu ihrer Enttarnung. Zu offensichtlich war die selbsternannte „zivilisatorische Mission" der Kolonisierenden davon motiviert, sich die Welt untertan zu machen.

Interessanter ist die Hartnäckigkeit, mit der sich bis in unsere Zeit eine Verweigerung hält, diese Wirklichkeiten anzuerkennen. Die beharrliche Abwehr einer substanziellen Befassung mit dem Wesen des Kolonialismus kommentierte der Kolonialhistoriker Helmut Bley schon 1983 im Vorfeld der hundertjährigen Wiederkehr der Berliner Afrika-Konferenz, zu der gleich mehrere kolonialapologetische oder zumindest verharmlosende Werke erschienen: „Die deutsche Kolonialgeschichte ist deshalb auch unerledigt, weil sie die Erinnerung daran wecken kann, daß ... in dieser Gesellschaft gewalttätige Traditionen vorhanden sind, die sich nicht auf den ‚Dämon' Hitler reduzieren lassen, sondern die in sozusagen ‚normalen' Zeiten, im Grunde in der ‚guten alten Zeit' sich vollzogen."



Deutscher Kolonialherr in Togo. Foto: wikimedia

Zur Rechtfertigung und Entlastung dienen „Autobahnargumente“ (soll heißen: Nicht alles unter Hitler war schlecht, so wurden Arbeitslosigkeit reduziert und Autobahnen gebaut). Robert Koch, so wird behauptet, wog am Ende Carl Peters auf. Wie Gesine Krüger klar stellt, werden damit in irreführender Weise reklamierte individuelle „Kulturleistungen“ gegen die verheerenden strukturellen Dimensionen und Folgen des Kolonialsystems für die kolonisierte Bevölkerung aufgerechnet: „Selbst wenn alle Kolonialbeamten und -militärs sehr nett gewesen wären, was sie nicht waren, ändert das nichts daran, dass die europäischen Mächte danach strebten, einen Kontinent unter sich aufzuteilen und den erwartbaren Widerstand in brutalster Weise mit Mitteln der Aufstandsbekämpfung niederschlugen, der häufig eine Politik der verbrannten Erde folgte.“

Vorhandenes Wissen bleibt oftmals noch immer geleugnetes Wissen und verhindert so auch nicht, dass apologetische oder relativierende Meinungen weiterhin integraler Bestandteil einer deutschen Dominanzkultur sind. Auch Andress betont, dass es jede Menge mit fundierter Literatur bestückte Bibliotheken und Buchgeschäfte gibt und zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Studierenden und allen anderen, die es hören wollen (oder auch nicht), seit mindestens einer Generation zu erklären versuchen, wie es wirklich war. Das Problem der Geschichtsverdrängung oder -leugnung aber bleibt, wenn Menschen weder hören noch lernen wollen.

Trotz einer markanten Zunahme von Forschungsergebnissen, die kolonial verantwortete dauerhafte Zerstörungen eindeutig belegen, hat die Verharmlosung des deutschen Kolonialismus als „Abenteuer“ oder „Episode“ auch in der deutschen Dominanzkultur überlebt. Dass die Relativierung kolonialer Folgen vor Politikern innerhalb des Establishments nicht Halt macht, dokumentierte spektakulär Günter Nooke. Der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin erklärte in einem am 7. Oktober 2018 in der „Berliner Zeitung“ veröffentlichten Interview: „Der Kalte Krieg hat Afrika mehr geschadet als die Kolonialzeit.“ Leider bleiben solche Entgleisungen weiterhin ziemlich folgenlos und führen nicht dazu, dass die deutsche Entwicklungs- und Afrika-Politik auf die zugrunde liegenden weltanschaulichen Prämissen hin geprüft und revidiert wird. Selbst Herr Nooke ist trotz selbstgerechter Zurückweisung aller Kritik weiter im Amt.

Kolonialapologetischer Revisionismus

Nicht nur in Deutschland gibt es einen Terraingewinn postkolonialer Diskurse zu verzeichnen. Die Forderungen nach mehr globaler Gerechtigkeit durch die Bearbeitung der kolonialen Gewaltverhältnisse, verbunden mit einer sowohl ideellen als auch materiellen Verantwortung für deren Langzeitfolgen, sind deutlich lauter geworden. Als eine erkennbare Diskursverschiebung kann neben den von lokalen postkolonialen Initiativen beförderten Aktionen und Kampagnen zur Umbenennung öffentlicher Einrichtungen, Plätze und Straßen sowie zur Errichtung kolonialer Mahnmale und Gedenkorte insbesondere auch die in der öffentlichen Sphäre aufmerksam verhandelte Identifizierung und Rückführung geraubter Kulturgüter – einschließlich Tausender menschlicher Gebeine – gelten.

Dies mag als ein positiver Faktor betrachtet werden, um den rasanten Aufstieg des rassistisch-nationalistischen Rechtspopulismus nicht nur in den deutschen Landen auch als eine Reaktion auf Bedrohungsängste zu deuten und zu verstehen (nicht, dass es diese Reaktionen dadurch akzeptabler macht). Neuerdings wird wieder vermehrt die „zivilisatorische Mission“ der gewaltsamen Ausbreitung Europas auf den Rest der Erde reklamiert. An vorderster Front agiert dabei die Alternative für Deutschland (AfD), die so gar keine Alternative ist. Durch die Reklamierung kolonialer „Errungenschaften“ und die Leugnung des Völkermords in der Kolonie Südwestafrika werden alte Stereotypen reanimiert (siehe dazu Aram Ziai in afrika süd Nr. 3/2020).

So oder so ähnlich hätten sich diese wohl auch ohne den postkolonialen Diskurs entfaltet. Aber hätte es nicht die durch das Land Baden-Württemberg und das Stuttgarter Linden-Museum beschlossene Rückgabe zweier prominen-



Askaris und Träger der deutschen Truppen in Ostafrika. Foto: wikimedia

ter im frühen Krieg gegen Hendrik Witbooi erbeuteter Exponate nach Namibia gegeben, hätte der fraktionslose AfD-Politiker Wolfgang Gedeon wohl kaum im März 2019 im Stuttgarter Landtag behauptet: „Der Kolonialismus ist ein Zeichen dafür, dass die europäische weiße Rasse anderen Völkern und Ethnien zivilisatorisch überlegen war." Er fügte hinzu, „dass man den Völkern dort eine Menge an Blut, eine Menge an Schweiß erspart hat durch die Kolonialisierung". Er plappert damit dem AfD-Rechtsausleger Björn Höcke nach, der in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss" dem deutschen Kolonialismus das Verdienst zuschreibt, die Kultur nach Afrika gebracht zu haben.

Speziell Angehörige privilegierter Gruppen haben, wie David Andress bemerkt, keine Lust, Historikern zuzuhören, die ihnen Schlechtes über ihre geschätzten Identitäten erzählen. Sie sind nicht an wirklicher Geschichte interessiert. Ihnen behagt die Schmusedecke des Halb-Erinnerns. Expertise, so Andress weiter, vermag die Schichten der Mythologisierung kaum abzutragen. Die Beziehungen des Westens zu seiner Vergangenheit sind eine aktiv konstruierte, eifersüchtig bewachte und vergiftete Weigerung, sich den Fakten zu stellen. Diese sind bekannt, aber emotional und politisch unbequem. So gibt es keine Bereitschaft, sich mit der Wirklichkeit auseinander zu setzen.

Fallstricke und Stolpersteine

Auch diejenigen, die keiner Amnesie anheimfallen, sind keinesfalls immunisiert. Sozialisiert in einer „Tätergesellschaft", ist auch das Wissen darum noch kein vollständiger Schutz vor Denk- und Sprachmustern, die von der Dominanzkultur infiziert sind. Insofern weisen neuere Studien zurecht auf eine nötige Selbstreflexion hin, die auch die eigene „emanzipatorisch" intendierte Wissensproduktion kritisch prüft. Gesine Krüger fragt so zurecht: „Ist nicht vielmehr genau die Tatsache, dass wir es uns leisten können, uns nur mit afrikanischer Geschichte zu beschäftigen, wenn sie unmittelbar bedeutungsvoll für unsere eigene Geschichte und Auseinandersetzung mit historischer Schuld ist, nicht weit mehr noch eine Fortführung kolonialer Dominanz?"

Macht und Wissen spielen nicht nur bei der Herausbildung und Stabilisierung kolonialer Wissens- und Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle. Auch deren kritische Hinterfragung bedient sich häufig ähnlicher Denk- und Ausdrucksweisen, verrät die Verortung in derselben (Dominanz-)Gesellschaft und ist von deren Sozialisationseffekten beeinflusst. Der Fokus auf den verbrecherischen Unrechtskontext reduziert zumeist afrikanische Stimmen auf die der Opfer und verdeckt deren Rolle als eigenständige Subjekte. Die Überwindung solcher Grenzen bleibt eine große Aufgabe. Doch selbst wenn ein Narrativ mit Perspektiven „der Anderen" hinreichend gelingen sollte, wäre dies wohl kaum von stärkerer Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit. Das soll jedoch nicht dazu führen, dass wir das Handtuch werfen.

Eine zumindest indirekt damit verbundene Herausforderung bleibt in der Asymmetrie, die zwischen dem (Selbst-) Verständnis eines in der historischen Verantwortung stehenden ehemaligen Kolonialstaates und den (nicht-)staatlichen Akteuren in einer ehemaligen Kolonie besteht. Dies berührt auch ungelöste Komplexitäten bezüglich des Anrechts auf Entgegennahme geraubter Kulturgüter innerhalb dieser Gesellschaften, deren Strukturen sich seit der Kolonialzeit modifiziert und durch zentralstaatliche Instanzen eine neue Wirklichkeit geschaffen haben. – Was keinesfalls als Ausrede missbraucht werden darf, eine solche Rückgabe zu unterlassen.

Kulturelle Demenz (Andress) ist irreversibel. Koloniale Amnesie nicht. Sie vermag das vorhandene Wissen zu ignorieren oder sich dagegen immunisieren. Im Falle einer Aufgabe der Verweigerung lässt sich dieses Wissen aber zu eigen machen. Dass es dieses Wissen gibt, ist hingegen kein Beweis für die Inexistenz von Amnesie bzw. derer Heilung. Erst die Aneignung und als Konsequenz die Nutzbarmachung im Sinne der Anwendung und Umsetzung des Wissensbestands kuriert Amnesie. Die Überwindung der „Gedächtnislücken" erfordert eine grundlegende Revidierung von Sicht- und Verhaltensweisen auch in der Alltagswelt und Politik. Bis dahin ist es noch ein langer, beschwerlicher Weg. Er verlangt viel Ausdauer und Beharrlichkeit, ständige Selbstprüfung und kritische Reflexion, die eigene Grenzen und Beschränkungen erkundet, akzeptiert und zu reduzieren versucht.

Henning Melber

Dieser Text basiert auf Teilen des Einleitungs- und Schlusskapitels in dem von Henning Melber herausgegebenen Sammelband „Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses" (siehe die Besprechung in diesem Heft).

Literatur

David Andress, Cultural Dementia. How the West has Lost its History, and Risks Losing Everything Else. London: Head of Zeus 2018.

Helmut Bley, Unerledigte deutsche Kolonialgeschichte. In: Entwicklungspolitische Korrespondenz (Hrsg.), Deutscher Kolonialismus. Materialien zur Hundertjahrfeier 1984. Hamburg: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildungsarbeit 1983, S. 11-18.

Gesine Krüger, Koloniale Schuld und afrikanische Geschichte. Es ist Zeit für einen neuen historische Blick auf das koloniale Afrika. Geschichte der Gegenwart, 6. Juni 2018. https://geschichtedergegenwart.ch/koloniale-schuld-und-afrikanische-geschichte-es-ist-zeit-fuer-einen-neuen-historischen-blick-auf-das-koloniale-afrika/

